

**STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN**

Wirtschaftskalender 1957 bis 1960



VERLAG W. KOHLHAMMER GMBH / STUTTGART UND MAINZ

Inhalt

	Seite
Vorbemerkung	3
1957	
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage	4
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	5
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse	6
1958	
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage	13
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	14
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse	15
1959	
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage	21
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	22
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse	23
1960	
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage	31
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	32
3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse	33



Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet.

Erschienen im August 1961

Preis DM 2.—

Vorbemerkung

Die vorliegende Veröffentlichung soll die Benutzer der Ergebnisse der amtlichen Statistik bei deren Auswertung und Kommentierung unterstützen. Der Kalender bietet eine Auswahl der wichtigsten Fakten, die sich auf die Ergebnisse statistischer Erhebungen ausgewirkt haben oder von denen mit großer Wahrscheinlichkeit eine Auswirkung erwartet werden kann. Solche Fakten müssen insbesondere bei Vergleichen mit den Vorjahren beachtet werden.

Der Titel „Wirtschaftskalender“ soll ersichtlich machen, daß das Schwergewicht der hier zusammengestellten Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiet liegt. Doch sind in geringer Zahl auch Tatsachen aus anderen Bereichen des sozialen und politischen Lebens einbezogen, da auch solche Ereignisse schließlich ihren Niederschlag im wirtschaftlichen Geschehen finden. Dem Kalendarium sind jeweils 2 Übersichten vorgeschaltet, von denen die erste hauptsächlich der Klärung von Abweichungen dienen soll, die auf der verschiedenen Zahl der Arbeitstage in den einzelnen Monaten, Vierteljahren usw. beruhen. Die Klimaübersicht soll insbesondere zur Kommentierung der Ergebnisse der Agrar-, Verkehrs- und Baustatistik Verwendung finden.

Der Kalender strebt seiner Aufgabenstellung entsprechend keine Aktualität an, sondern soll vor allem auch länger zurückliegende Geschehnisse ins Gedächtnis zurückrufen. Auch hat sich bei der Bearbeitung gezeigt, daß es mehrfach erst nach Ablauf eines gewissen Zeitraumes möglich war, zwischen bedeutungsvollen und unwichtigen Fakten zu unterscheiden.

An der Materialsammlung haben die Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes mitgewirkt. Die Sichtung, Ergänzung und redaktionelle Bearbeitung lag bei Abteilung I.

Wirtschaftskalender für das Jahr 1957
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage 1957

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage 1)3)
		insgesamt 1)	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende 2)	
Januar	31	26	4	4	5
Februar	28	24	4	4	4
März	31	26	5	5	5
1. Vierteljahr	90	76	13	13	14
April	30	24	4	4	6
Mai	31	25	5	4	6
Juni	30	23 (22)	4	5	7 (8)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4	4
August	31	27 (26)	5	5	4 (5)
September	30	25	4	4	5
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13	13 (14)
Oktober	31	27	4	4	4
November	30	25 (24)	5	5	5 (6)
Dezember	31	24	4	4	7 4)
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	13	16 (17)
Kalenderjahr 1957	365	303	52	52	62
(Bayern)		(303/301)			(62/64)
(Hessen)		(302)			(63)
(Nordrhein - Westfalen, Rhein- land - Pfalz, Baden - Württem- berg)		(301)			(64)
(Saarland)		(300)			(65)
1. Halbjahr	181	148	26	26	33
(Bayern)		(148/147)			(33/34)
(Nordrhein - Westfalen, Hessen, Rheinland - Pfalz, Baden - Württemberg, Saarland)		(147)			(34)
2. Halbjahr	184	155	26	26	29
(Bayern)		(155/154)			(29/30)
(Nordrhein - Westfalen, Rhein- land - Pfalz, Baden - Württem- berg)		(154)			(30)
(Saarland)		(153)			(31)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf Wochentage fielen:

20. Juni (Fronleichnam): in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern,

15. August (Mariä Himmelfahrt): im Saarland, gebietsweise in Bayern,

1. November (Allerheiligen): in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern (in den betreffenden bayerischen Gemeinden Bußtag kein gesetzlicher Feiertag).

2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird.

3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertagsarbeit in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

4) 8. und 15. Dezember: verkaufsoffene Sonntage.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1957

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in vH der langjährigen Durchschnitte		
Januar	- 1 bis + 2	40 bis 120	100 bis 200	Im größten Teil des Bundesgebietes zu viel Sonnenschein, zu wenig Niederschläge. Im Süden Monatsmitteltemperaturen annähernd den Normalwerten entsprechend, im Norden erheblich zu mild
Februar . . .	+ 2 bis + 5	120 bis 400	60 bis 100	Sonnenscheinarm, zu mild und zu naß
März	+ 3 bis + 4	50 bis 200	80 bis 170	Ungewöhnlich milde Witterung, in der ersten Monatshälfte sehr hohe Sonnenscheindauer, in der zweiten Monatshälfte wiederholt ergiebige Niederschläge
April	- 0,5 bis + 1,5	10 bis 150	100 bis 170	Im größten Teil des Bundesgebietes viel zu trocken, etwas zu warm, reich an Sonnenschein
Mai	- 3,5 bis - 0,5	40 bis 150	60 bis 120	Bei unterschiedlichen Sonnenscheinverhältnissen im größten Teil des Bundesgebietes zu trocken, infolge einströmender Kaltluft erheblich zu kühl
Juni	0 bis + 1,5	50 bis 240	100 bis 150	Auf Grund von zwei Hitzewellen mit hochsommerlichen Temperaturen zu warm, sonnenscheinreich. Im größten Teil des Bundesgebietes übernormale Niederschlagsmengen infolge von Gewittern
Juli	+ 1	60 bis 200	75 bis 115	In der ersten Woche Fortdauer der heißen Witterung, anschließend für drei Wochen meist kühl und unfreundlich. Im ganzen etwas zu warm, größtenteils zu naß, Sonnenscheindauer unter Normalwerten
August	+ 0,5 bis + 1,5	90 bis 160	70 bis 92	Fast durchweg zu kalt, zu wenig Sonne, im allgemeinen übernormale Niederschlagsmengen, nur vereinzelt unter den Mittelwerten
September . .	- 2 bis - 0,5	150 bis 300 ¹⁾	50 bis 94	Im ganzen zu kühl, z.T. bereits Nachfröste. Verbreitet viel zu naß und sonnenscheinarm
Oktober . . .	0 bis + 2,5	10 bis 90 ²⁾	100 bis 180 ³⁾	Im größten Teil des Bundesgebietes überdurchschnittlich mild und trocken
November . .	0 bis + 1,5	25 bis 100	50 bis 140	Im gesamten Bundesgebiet zu mild und zu trocken
Dezember . .	- 0,5 bis + 0,5	30 bis 100 ⁴⁾	40 bis 240	Erhebliche Temperaturschwankungen, Höchstwerte um den 11. Dezember, Tiefsttemperaturen zur Monatsmitte, ab 19. Dezember milde und feucht, nach Weihnachten kälter. Im allgemeinen zu trocken

1) In Süddeutschland teilweise um 100 vH.

2) In Schleswig-Holstein 90 vH bis 120 vH.

3) Im Norden des Bundesgebietes 80 vH bis 100 vH.

4) In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bis 170 vH.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im Jahre 1957

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis												
Januar														
1	1. Januar	Politische Eingliederung des Saarlandes												
2		Inkrafttreten niedrigerer Lohnsteuersätze, Einführung eines Freibetrages für den nichterwerbstätigen Ehegatten bei Zusammenveranlagung. (Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung 1955. Vom 21. Dezember 1956). Freibetrag durch Gesetz vom 26. Juli 1957 rückwirkend ab 1. Januar 1957 von 250 DM auf 600 DM erhöht												
3		Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. August 1956 zur vorläufigen Änderung des Gesetzes über die Altersversorgung für das Deutsche Handwerk. Regelung des Verhältnisses zur Rentenversicherung der Angestellten, Ausgabe besonderer Handwerkerversicherungskarten und Marken. Träger der Versicherung weiterhin Bundesversicherungsanstalt für Angestellte												
4	2. Januar	Inländischen Wirtschaftsunternehmen durch Bank deutscher Länder Genehmigung erteilt, Fremdwährungskonten bei Geldinstituten im Ausland zu errichten und zu unterhalten. Bestimmungen über Fremdwährungskonten inländischer Geldinstitute vereinfacht												
5	3. Januar	Die im Oktober 1956 eingeführte Surcharge für den Frachtverkehr nach dem Nahen Osten von Lloyds Versicherern und Institut Londoner Versicherer aufgehoben												
6	11. Januar	Bank deutscher Länder senkt Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 5% auf 4½%, Lombardsatz von 6% auf 5½%												
7	22. Januar	Inkrafttreten des Vertrages über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Jugoslawien vom 10. März 1956. Von Bundesrepublik Deutschland an Jugoslawien insgesamt 300 Mill. DM zur Verfügung gestellt, und zwar 60 Mill. DM in Form direkter Zahlungen für bestehende Schuldverpflichtungen, 240 Mill. DM in Form eines Kredits auf 99 Jahre für Einkauf deutscher Waren. Tilgungsfrist für kommerzielle jugoslawische Nachkriegsschulden in Höhe von etwa 200 Mill. DM bis 1968 verlängert, Zinssatz von rd. 7% auf rd. 3% herabgesetzt												
8	28. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 9. Februar)												
9	Januar	Bestimmte im Januar 1957 geleistete Aufwendungen bei Festsetzung der Einkommensteuer noch für 1956 abzugsfähig (bis 4 000 DM voll, darüber hinausgehend weitere 4 000 DM, diese jedoch nur zur Hälfte)												
Februar														
10	1. Februar	Habenzinsen-Höchstsätze herabgesetzt für Sichteinlagen um ¼% auf 1% und 1½%, für Termineinlagen um ¼% bis ½% auf ¾% bis 5¼%												
11	7. Februar	Umsatzsteuererleichterung für Großhandel durch Erweiterung der steuerunschädlichen Be- und Verarbeitung												
12	10. Februar	Von Hoher Behörde der Montan-Union die von niederländischen und westdeutschen Bergwerken für den belgischen Bergbau erhobene Ausgleichsumlage von 0,6% auf 0,3% des Produktionswertes der Kohlenförderung gesenkt												
13	14. Februar	Westdeutsche Kreditinstitute von Bank deutscher Länder ermächtigt, für alle Deviseninländer (natürliche und juristische Personen) Währungskonten einzurichten												
14	15. Februar	Wiederaufnahme der Arbeit in den bestreikten Betrieben der Metallindustrie in Schleswig-Holstein. Streikbeginn: 24. Oktober 1956 Streikdauer: 16 Wochen												
15	20. Februar	Letzte Preiserhöhung für Dieselöl (1 Pf je Liter), damit Preis um 5 Pf über Stand vor Suezkrise												
16	21. Februar	Gemeinsame Steuerveranlagung von Ehegatten vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt												
17	26. Februar	Verkündung der Gesetze zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten vom 23. Februar 1957. Neue Rentenleistungen ab 1. Januar 1957, neue Beitragssätze für die Renten- und Arbeitslosenversicherung ab 1. März 1957. Mitte April Rentennachzahlungen für die Monate Januar bis April 1957												
18	27. Februar	Zustimmung des Bundestages zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Grünen Plan 1957. Insgesamt bereitgestellt 1 212 Mill. DM, und zwar für: <table><tr><td>1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse</td><td>400 Mill. DM</td></tr><tr><td>2. rationellere Gestaltung der Erzeugung</td><td>291 " "</td></tr><tr><td>3. Förderung von Qualität und Absatz verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse</td><td>480 " "</td></tr><tr><td>4. Konsolidierung und sonstige finanzpolitische Maßnahmen</td><td>26 " "</td></tr><tr><td>5. Förderung der Forschung, Ausbildung, Beratung und Aufklärung</td><td>15 " "</td></tr><tr><td></td><td>1 212 Mill. DM</td></tr></table>	1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse	400 Mill. DM	2. rationellere Gestaltung der Erzeugung	291 " "	3. Förderung von Qualität und Absatz verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse	480 " "	4. Konsolidierung und sonstige finanzpolitische Maßnahmen	26 " "	5. Förderung der Forschung, Ausbildung, Beratung und Aufklärung	15 " "		1 212 Mill. DM
1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse	400 Mill. DM													
2. rationellere Gestaltung der Erzeugung	291 " "													
3. Förderung von Qualität und Absatz verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse	480 " "													
4. Konsolidierung und sonstige finanzpolitische Maßnahmen	26 " "													
5. Förderung der Forschung, Ausbildung, Beratung und Aufklärung	15 " "													
	1 212 Mill. DM													

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
März		
19	6. März	Souveräner Staat Ghana gebildet aus der britischen Kolonie Goldküste, dem britischen Protektorat Goldküste (Aschantiland), dem britisch verwalteten Teil des UN-Treuhandschaftsgebietes Togo. Ghana weiterhin Mitglied des Commonwealth
20	11. März	Erleichterung im Ausfuhrverfahren der Bundesrepublik Deutschland für einen beträchtlichen Kreis von Waren im Export nach den europäischen Ostblockstaaten
21	13. März	Abschluß der Verhandlungen über Brotpreiserhöhungen. Zustimmung der Bundesminister für Wirtschaft und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu einer Preiserhöhung bis zu 3 Pf für ein 1 000-Gramm-Brot, bis zu 4 Pf für ein 1 500-Gramm-Brot
22	16. März	Einschränkung der Liberalisierung der Einfuhren aus dem OEEC- und Dollarraum durch französische Regierung, u.a. Erhebung einer Einfuhrtaxe von 15 vH auf liberalisierte Waren, Stellung eines Bardepots von 25 vH des Einfuhrbetrages. Auch Einfuhr des Saarlandes aus dem Bundesgebiet betroffen
23	20. März	Erstmalige Senkung des Tankstellenpreises für Dieselöl um 1 Pf je Liter. Letzte Preisreduktion am 26. August 1957; damit Preis noch 1 Pf über Stand vor Beginn der Suezkrise
24	25. März	Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) in Rom durch die Regierungen Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande
April		
25	1. April	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden im gesamten Bundesgebiet für gewerbliche Arbeitnehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie, für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im Bau- und Baunebengewerbe; in Nordrhein-Westfalen für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte der eisenschaffenden Industrie
26		Erhöhung des Bundesecklohnes für gewerbliche Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet (ohne Berlin) um 22 Pf je Stunde einschließlich Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung
27		Erhöhung der Grundgehälter für Angestellte der öffentlichen Verwaltung im gesamten Bundesgebiet je nach Vergütungsgruppe um 10 DM bis 68 DM je Monat, des Ecklohnes für gewerbliche Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltung des Bundes um 12 Pf, der Länder (ohne Stadtstaaten) um 18 Pf je Stunde
28		Erhöhung der Tarife (außer Sozialtarifen) im Omnibuslinienverkehr von 6 Pf auf 7,5 Pf je km bei Bundesbahn ab 1. April, bei Bundespost ab 15. April
29		Erhöhung der Preise für Saarkohle um durchschnittlich 2,2 vH; weitere Erhöhung um 7 vH bis 8 vH am 1. Juli
30		Einberufung der ersten Wehrpflichtigen zur Bundeswehr (10 000 bis 15 000)
31		Liberalisierung der Einfuhr von Gold aus den OEEC-Ländern. Einfuhr von der Umsatzausgleichsteuer befreit
32		Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Februar 1957 über die Fürsorge für Körperbehinderte und von einer Körperbehinderung bedrohte Personen (Körperbehindertengesetz). Ersetzt und vereinheitlicht bisherige landesrechtliche Vorschriften
33	5. April	Beginn der Senkung des Benzinpreises um 1 Pf je Liter (Preissteigerung durch Suezkrise insgesamt 3 Pf je Liter). Preisstand vor Suezkrise am 27. November 1957 erreicht
34		Höchstpreise für Gold, Silber, Platin und Palladium aufgehoben
35	14. April	Gemeinsame Erklärung von 58 Markenartikel-Herstellern, daß sie sich gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister verpflichten, bis Ende 1957 keine Preiserhöhungen vorzunehmen
36	Ende April	Zusammenschluß der Nachfolgeinstitute der Deutschen Bank: Deutsche Bank AG, West, Düsseldorf Norddeutsche Bank AG., Hamburg Süddeutsche Bank AG., Frankfurt/Main unter der Firma Deutsche Bank AG., Frankfurt/Main
Mai		
37	1. Mai	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der chemischen, keramischen und papiererzeugenden Industrie, für gewerbliche Arbeitnehmer in der Schuhindustrie im gesamten Bundesgebiet, in Berlin (West) nur in der chemischen und Schuhindustrie, in letzterer erst ab 1. Juli
38		Zinssatz für Postspareinlagen um $\frac{1}{4}$ % auf $3\frac{1}{2}$ % erhöht
39		Vereinfachtes Verfahren für Einfuhr von Waren der gewerblichen Wirtschaft im Postwege bis zu 100 DM (sog. Jedermann-Einfuhr). Ab 10. Dezember 1957 Zollabfertigung durch pauschalisierte Abgabensätze (im allgemeinen 15 vH des 200 DM nicht übersteigenden Zollwertes) vereinfacht

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Mai
40	1. Mai	Laut Beschluß des Zentralbankrates a) Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber Deviseninländern um 1 % erhöht, b) die Norm-Rediskont-Kontingente der Kreditinstitute allgemein um 15 vH gekürzt, das geminderte Normkontingent weiterhin um Kredite verringert, die von den Instituten im Ausland in Anspruch genommen werden
41		Erhöhung der Flugpreise im Europaverkehr um durchschnittlich 5 vH
42	4. Mai	Weitere Liberalisierung der Wareneinfuhr aus Ländern des beschränkt konvertierbaren Währungsraumes – mit Ausnahme der Ostblockstaaten – und Vereinheitlichung der entsprechenden Einfuhrfreilisten
43	15. Mai	Schiffahrtsgebühren auf Main und Neckar um durchschnittlich 25 vH erhöht
44	25. Mai	Aufhebung mengenmäßiger Beschränkungen bei der Einfuhr von weiteren Waren (mehr als 500 Positionen) des Dollarraumes. Liberalisierungsquote der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Dollarraum dadurch auf 93,4 vH erhöht
45	27. Mai	Gesetz zur Neuregelung der knappschaftlichen Rentenversicherung verkündet. Inkrafttreten am 1. Januar 1957 (Rentenleistungen) bzw. am 1. Juni (Neufestsetzung der Beiträge). Zahlungen von Vorschüssen auf höhere Knappschaftsrenten
46	Mai	Zusammenschluß der Nachfolgeinstitute der Dresdner Bank: Hamburger Kreditbank AG., Hamburg Rhein-Ruhr-Bank AG., Düsseldorf Rhein-Main-Bank AG., Frankfurt/Main unter der Firma Dresdner Bank AG., Frankfurt/Main
		Juni
47	1. Juni	Inkrafttreten der neuen Wertzollordnung, hierdurch erste deutsche Wertzollordnung vom 21. September 1951 abgelöst; Angleichung des Zollwertbegriffs an die Brüsseler Zollwertdefinition
48	7. Juni	Abschluß der Verhandlungen der Bundesregierung über die freiwillige Zahlung von Stationierungskosten. Im Haushaltsjahr 1957/58 von Bundesrepublik Deutschland zu zahlen an: Großbritannien 588,0 Mill. DM USA 325,0 " " Frankreich 225,0 " " Belgien 59,0 " " Dänemark 1,2 " " Niederlande 0,4 " " <hr/> 1 198,6 Mill. DM
49	16. Juni	Entgegennahme eingehender und Leistung ausgehender Zahlungen in ausländischen Sorten gestattet (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 34/57 vom 6. Juni 1957); erlaubt, in- und ausländische Noten und Münzen ins Ausland zu verbringen, soweit nicht andere Zahlungswege angeordnet
50	18. Juni	Aufhebung der Sonderausfuhrverbotsliste für den Export nach der Volksrepublik China durch Bundesrepublik Deutschland; dadurch Angleichung der Ausfuhrbeschränkungen an die gegenüber den Ostblockstaaten bestehenden
51		Die am 18. März von französischer Regierung eingeschränkte Liberalisierung der Einfuhren aus dem OEEC- und Dollarraum nunmehr völlig aufgehoben; dadurch auch die saarländische Einfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland kontingentiert; Erhöhung der Depotstellung von 25 vH auf 50 vH des Einfuhrbetrages
52	Juni	Völlige Normalisierung des Suezkanal-Verkehrs (ab 8. März wieder passierbar für Schiffe bis zu 500 t, am 10. April Freigabe der Durchfahrt für Schiffe aller Nationen – ausgenommen Israel – gegen Zahlung der Gebühren an ägyptische Suezkanal-Behörde)
		Juli
53	1. Juli	Bei unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit Zahlung des Unterschiedsbetrages zwischen Krankengeld und 90 vH des Nettoarbeitsentgeltes bis zur Dauer von 6 Wochen durch den Arbeitgeber an den Arbeitnehmer
54		Durch Hohe Behörde der Montan-Union Senkung der von ihr erhobenen Steuer auf Montanerzeugnisse von 0,45 % auf 0,35 % des Produktionswertes, gleichzeitig jedoch Erhöhung der der Besteuerung zugrunde liegenden Durchschnittswerte
55		Rheinfrachten im grenzüberschreitenden Verkehr um durchschnittlich 17 vH erhöht

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Juli		
56	4. Juli	Rückwirkend vom 1. Mai 1957 höhere Grundrenten für Kriegsofopfer
57	10. Juli	Anleihe der Weltbank bei der Bank deutscher Länder 100 Mill. Dollar, Zinssatz 4 ½ %; im Oktober 1957 weitere 75 Mill. Dollar, Zinssatz 4 ¾ %
58	12. Juli	Erhöhung der Mindestsätze der amtlichen Gebührenordnung (Preugo) um ein Drittel für Ärzte und Zahnärzte, in Berlin für letztere erst mit Wirkung vom 27. September 1957. (Verordnungen vom 8. Juli 1957 und vom 23. Dezember 1957)
59	16. Juli	Erhöhung der Kohlefrachten im innerdeutschen Rheinverkehr um durchschnittlich 10 vH
60	23. Juli	Inkrafttreten des Bundesgesetzes vom 19. Juli 1957 zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger (insbesondere rückerstattungsrechtliche Ansprüche von Organisationen und Einzelpersonen gegen das Deutsche Reich einschl. der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn, Deutsche Reichspost, das ehemalige Land Preußen, das Unternehmen Reichsautobahnen)
61	26. Juli	Verschmelzung der Landeszentralbanken und der Berliner Zentralbank mit der Bank deutscher Länder zur Deutschen Bundesbank (Inkrafttreten 1. August 1957)
62	27. Juli	Ratifizierung der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) in der Bundesrepublik Deutschland durch Gesetz vom 27. Juli 1957, in den Niederlanden als letztem der Vertragspartner am 4. Dezember 1957
63	29. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 10. August)
August		
64	3. August	Inkrafttreten des Achten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Vom 26. Juli 1957. (Beiträge der Gebietskörperschaften an den Lastenausgleichsfonds, erhöhte Lastenausgleichsleistungen)
65	6. August	Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung steuerrechtlicher Vorschriften vom 26. Juli 1957. Änderungen auf dem Gebiet des Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuerrechts; u.a. vorläufige Neuregelung der Ehegattenbesteuerung; Neuregelung einer Steuerbegünstigung für Vertriebene und Verfolgte; Sonderabschreibungen; steuerliche Begünstigung von Importwaren; Änderung der Freibeträge bei der Vermögensteuer
66	7. August	Verkündung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 27. Juli 1957, wirksam ab 1. April 1957. Neue Besoldungsgruppen 1 bis 16, Erhöhung der Grundgehälter auf 165 vH des Standes von 1927, Anpassung der Versorgungsbezüge, Wegfall der Ortsklasse C. Auszahlung von Abschlägen im Juli, rückwirkend ab 1. April
67	8. August	Verkündung des Gesetzes vom 27. Juli 1957 über die Umstellung von Geldleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung für Unfälle vor dem 1. Januar 1957. Inkrafttreten 1. Januar 1957 bzw. 1. September 1957
68	11. August	De-facto - Abwertung des französischen Franc durch Subventionieren der Exporte mit 20 vH und Erheben eines Aufschlages von 20 vH auf Importe, ausgenommen Rohstoffimporte; auf diese erst am 27. Oktober ausgedehnt. Am 12. August Festsetzung eines neuen Mittelwertes für französischen Franc durch Deutsche Bundesbank: 100 ffrs = 1,- DM (bisher 1,20 DM). Wertmäßige Aufstockung der französischen Einfuhrkontingente um 20 vH für Waren aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Oktober
69	17. August	Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Juli 1957 über den Ausbauplan für die Bundesfernstraßen
70	20. August	Inkrafttreten der zunächst nur bis zum 31. Dezember 1957 befristeten 25 %igen konjunkturpolitischen Zollsenkung für Waren der gewerblichen Wirtschaft. Ausgenommen von Zollsenkung 40 Tarifnummern mit 123 Zollsätzen (hauptsächlich Erzeugnisse der Textil- und Lederwirtschaft) lt. gleichzeitig veröffentlichter Ausnahmeliste. Keine Senkung der Zölle auf Montanunion - Erzeugnisse sowie der Agrar- und Finanzzölle. (69. Verordnung über Zollsatzänderungen - Konjunkturpolitische Zollsenkung - 4. Teil - vom 15. August 1957)
71	23. August	Verkündung des Getreidepreisgesetzes 1957/58 vom 19. August 1957, wirksam ab 1. Juli 1957
72	29. August	Beschluß des Bundestages auf Erhöhung des Ausfuhrgarantierahmens („Hermes - Plafonds“) von 7,5 Mrd. DM auf 9,5 Mrd. DM
73	31. August	Erklärung Malayas zum unabhängigen Staat
74	August	Beitragserhöhungen bei den Ortskrankenkassen von etwa 6 % bis 7 % auf etwa 7 % bis 8 % und mehr zu verschiedenen Terminen, überwiegend im August; Beitragserhöhungen bei den Ersatzkassen, soweit kein Anspruch auf Weiterzahlung von Dienstbezügen im Krankheitsfalle besteht
September		
75	1. September	Ausdehnung der Arbeitslosenversicherungspflicht auf von der Rentenversicherung befreite Angestellte, deren für die Versicherungspflicht maßgeblicher Teil des Monatseinkommens zwischen 750 DM und 1 250 DM liegt. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Vom 27. Juli 1957)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
September		
76	1. September	Erweiterung der Allgemeinen Genehmigung für die Durchführung von Kapitalinvestitionen im Ausland. Fortfall einer Höchstgrenze für genehmigungsfreie Kapitalausfuhr. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 49/57 vom 24. August 1957)
77		Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Devisenländern erhöht: bei Sichtverbindlichkeiten von 20 % auf 30 %, bei befristeten Verbindlichkeiten von 10 % auf 20 %. (Zentralbankratsbeschuß vom 9. August 1957)
78		Wiedereinführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen im Straßenverkehr. (Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung. Vom 25. Juli 1957)
79		Einzuzahlende Quote des Weltbankanteils der Bundesrepublik Deutschland – 20 vH von 330 Mill. Dollar – durch Freigabe der Restquote (113,3 Mill. DM) voll zur Verfügung gestellt
80	15. September	Wahlen zum 3. Deutschen Bundestag
81	16. September	Letzte Erhöhung des Offenmarktfonds der Deutschen Bundesbank im Jahre 1957 von 6 Mrd. auf 7 Mrd. DM (erste Erhöhung im Jahre 1957 von 2 Mrd. auf 3 Mrd. DM im Februar)
82	19. September	Deutsche Bundesbank senkt Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 4 ½ % auf 4 %, Lombardsatz von 5 ½ % auf 5 %
83	20. September	Inkrafttreten der Verordnung vom 18. September 1957 über Herabsetzung und Aufhebung von Obstzöllen für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1957
84	27. September	Durch Delegation des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft Abkommen mit der Volksrepublik China über Warenaustausch im Werte von zusammen 460 Mill. DM, Laufzeit 1 Jahr, unterzeichnet
85	29. September	Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Ersten und des Zweiten Wohnungsbaugesetzes. Vom 26. September 1957. Begrenzung der Zuteilung von Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus auf Wohnungsuchende mit Einkommen von nicht mehr als 9 000 DM zuzüglich 1 200 DM für jeden weiteren Familienangehörigen
86	30. September	Steinkohlenbergwerke des Saarlandes wieder in deutschen Besitz übergegangen. Neuer Rechtsträger: Saarbergwerke Aktiengesellschaft. Beteiligung des Bundes 74 vH, des Saarlandes 26 vH
87	September	Grippeepidemie, Abklingen im November
Oktober		
88	1. Oktober	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in den gemeindlichen Verwaltungen und Betrieben des Bundesgebietes
89		Inkrafttreten des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 27. Juli 1957: Anspruchsberechtigt für Bezug von Altersgeld landwirtschaftliche Unternehmer sowie deren Witwen und Witwer; Beitragspflicht; Träger der Versicherung landwirtschaftliche Alterskassen (Körperschaften des öffentlichen Rechts)
90		Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung von Vorschriften der Kindergeldgesetze. Vom 27. Juli 1957. U.a. Erhöhung des Kindergeldes vom dritten Kind an von 25 DM auf 30 DM
91		Inkrafttreten der Verordnung vom 1. Oktober 1957 über die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses
92		Einkommensgrenze für die Krankenversicherungspflicht von 500 DM auf 660 DM heraufgesetzt. (Zweites Einkommensgrenzengesetz vom 27. Juli 1957)
93		Durch Angestellten-Ersatzkassen Beiträge der freiwilligen Mitglieder bis um 50 vH erhöht sowie Arztgebühren um 20 vH bis 50 vH heraufgesetzt
94		Erhöhung der Steinkohlen- und Kokspreise des Ruhrbergbaues und der Aachener Zechen für Kohle um durchschnittlich 4,70 DM, für Koks um durchschnittlich 6,20 DM je t
95		Verkündung des Zolltarifgesetzes vom 27. Juli 1957 mit dem Deutschen Zolltarif 1958. Inkrafttreten 1. Januar 1958. Bundesfinanzminister mit Wirkung vom 2. Oktober 1957 ermächtigt, Verbrauchssteuergesetze dem Deutschen Zolltarif 1958 durch Rechtsverordnung anzupassen
96	13. Oktober	Vom Ministerrat der sowjetischen Besatzungszone Umtausch der seit 1948 in Umlauf befindlichen Banknoten angeordnet. Barbeträge bis zu 300 DM je Person im Verhältnis 1 : 1 gegen neue Noten umgetauscht. Darüber hinausgehende Summen unter Vorbehalt gutgeschrieben, um Rechtmäßigkeit des Erwerbs zu überprüfen
97	17. Oktober	Inkrafttreten des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957
98		Inkrafttreten des Gesetzes über Steuererleichterungen bei der Umwandlung von Kapitalgesellschaften und bergrechtlichen Gewerkschaften (Umwandlungs-Steuergesetz) vom 11. Oktober 1957

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Oktober		
99	17. Oktober	Habenzinsen-Höchstsätze gesenkt für Sichteinlagen um $\frac{1}{4}\%$ auf $\frac{3}{4}\%$ und $1\frac{1}{4}\%$, für Termineinlagen um $\frac{3}{8}\%$ bis $\frac{1}{2}\%$ auf $3\frac{3}{8}\%$ bis $4\frac{1}{4}\%$ (1 Jahr und darüber unverändert mit $5\frac{1}{4}\%$), für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist um $\frac{1}{4}\%$ auf $4\frac{1}{4}\%$ und $5\frac{1}{4}\%$; Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist unverändert mit $3\frac{1}{2}\%$
100	19. Oktober	Durch 2. Neufassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 78/56 der Deutschen Bundesbank vom 16. Oktober 1957 nunmehr Deviseninländern gestattet, ausländische Wertpapiere im Ausland unmittelbar anzukaufen und zu veräußern; einschränkende Bestimmungen über Aufbewahrung ausländischer Wertpapiere aufgehoben
101	26. Oktober	Verkündung des Neunten Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Vom 18. Oktober 1957. Wichtigste Bestimmung Artikel 2 (Inkrafttreten 1. April 1958), wonach nunmehr die Innenumsätze der Organgesellschaften von der Umsatzsteuer befreit sind
102	27. Oktober	Übernahme einer Kursgarantie durch die Bundesrepublik Deutschland für eine Devisenanlage der Deutschen Bundesbank von 75 Mill. Pfund Sterling bei der Bank von England. (Gesetz vom 18. Oktober 1957)
103		Inkrafttreten des Gesetzes zur Einfügung eines Artikels 135 a in das Grundgesetz. Vom 22. Oktober 1957. Ermächtigung des Gesetzgebers, Verbindlichkeiten des Reichs, des ehemaligen Landes Preußen und sonstiger nicht mehr bestehender Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts auch dann nicht oder nicht in voller Höhe zu erfüllen, wenn sie auf neue Rechtsträger (Bund, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts) übergegangen sind. Entsprechende Vorschriften für Verbindlichkeiten von Ländern und Gemeinden, die aus Maßnahmen in Durchführung von Anordnungen der Besatzungsmacht vor dem 1. August 1945 entstanden sind
104	30. Oktober	Erster deutscher Kernreaktor (Technische Hochschule München) in Betrieb genommen
November		
105	1. November	Inkrafttreten der Verordnung über wohnwirtschaftliche Berechnungen nach dem Zweiten Wohnungsbau-gesetz (Zweite Berechnungsverordnung) vom 17. Oktober 1957. Regelung des Berechnungsverfahrens über Wirtschaftlichkeit der öffentlich geförderten und steuerbe-günstigten Wohnungen für die nach den Richtlinien des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes geförderten Wohnbauten
106		Inkrafttreten der Verordnung über den Mietpreis für den seit dem 1. Januar 1950 bezugsfertig geworde-nen Wohnraum (Neubaumietenverordnung) vom 17. Oktober 1957. Zulässige Miete für öffentlich geförderte Wohnungen sowie Kostenmiete für steuerbegünstigte Woh-nungen nach dem Ersten und Zweiten Wohnungsbau-gesetz; teilweise Aufhebung der Mietenverordnung vom 20. November 1950
107		Erhöhung der Braunkohlenbrikettpreise für den Industriebrand um 3 DM je t
108	7. November	Deviseninländern Abschluß von Warentermingeschäften an ausländischen Terminbörsen gestattet. (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 62/57 vom 28. Oktober 1957)
109	9. November	Inkrafttreten der Verordnung über die Befreiung saarländischer Waren von Eingangsabgaben vom 23. Oktober 1957
110		Geldinstitute ermächtigt, DM-Noten und -Münzen gegen Entgelt aus dem Ausland entgegenzunehmen und in das Ausland zu versenden. (Mitteilung Nr. 7053/57 der Deutschen Bundesbank vom 9. Novem-ber 1957)
111	10. November	Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft
112	18. November	Bekanntmachung des Interzonenhandels-Runderlasses Nr. 80 vom 18. November 1957 betr. Verein-barung über die Warenlisten für die Jahre 1958 und 1959, d.h. erstmals für zwei Jahre; Volumen der vereinbarten jährlichen Lieferungen je 1 102 Millionen Verrechnungseinheiten; außerdem Möglichkeit für Barkäufe der sowjetischen Besatzungszone geschaffen
113	27. November	Inkrafttreten der Allgemeinen Genehmigung Nr. 83/57 der Deutschen Bundesbank vom 21. November 1957 betr. Erwerb und Veräußerung von Grundbesitz im Ausland oder im Saarland, Miet- und Pacht-verträge. Deviseninländern u.a. gestattet, Grundstücke außerhalb Deutschlands oder im Saarland zu erwerben oder zu veräußern, zu pachten oder zu verpachten sowie Gebäude und Räume auf solchen Grundstücken zu mieten oder zu vermieten
Dezember		
114	Anfang Dezember	Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise um 3 vH bis 5 vH durch eisenschaffende Industrie mit Ausnahme des Hüttenwerkes Salzgitert
115	5. Dezember	Neufassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 79/56 der Deutschen Bundesbank betr. deutsche Aus-landsbonds (auf ausländische Währung lautende deutsche Wertpapiere, z.B. Dawes-Anleihe, Young-Anleihe). Deviseninländern Erwerb im Ausland weitgehend erleichtert, Inlandshandel erlaubt; Ausfuhr weiterhin verboten. (Mitteilung Nr. 6028/57 der Deutschen Bundesbank vom 29. November 1957)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Dezember
116	10. Dezember	Durch Entscheidung der Hohen Behörde der Montan-Union vom 27. November 1957 Bundesrepublik Deutschland als letztes Mitgliedsland von Erhebung der Ausgleichsumlage befreit
117	11. Dezember	Erlaß eines Gesetzes zur Änderung des Paßgesetzes der sowjetischen Besatzungszone. Durch Ostberliner Magistrat am 19. Dezember 1957 das Gesetz auch für Ostberlin in Kraft gesetzt. Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ohne behördliche Genehmigung unter Gefängnisstrafe gestellt. Normaler Verkehr zwischen beiden Teilen Berlins nicht betroffen
118	17. Dezember	Durch Allgemeine Genehmigung Nr. 84/57 der Deutschen Bundesbank vom 17. Dezember 1957 Deviseninländern künftig Erwerb deutscher, auf deutsche Währung lautender, an ausländischen Börsen gehandelter Wertpapiere von Ausländern gestattet. Auch künftig nicht zulässig Verkauf deutscher Wertpapiere nach dem Ausland gegen Devisen
119		Durch 3. Neufassung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 48/51 der Deutschen Bundesbank vom 17. Dezember 1957 Deviseninländern entgeltliche oder unentgeltliche Abtretung von Geldforderungen gegenüber Devisenausländern an andere Deviseninländer gestattet, ausgenommen Guthaben bei Geldinstituten außerhalb des Bundesgebietes. Ferner Deviseninländern erlaubt, an andere Deviseninländer Wechsel, Schecks und Reiseschecks, soweit außerhalb des Bundesgebietes zahlbar oder aus sonstigen Gründen zu den Devisenwerten gehörend, zu übertragen (Girieren von Wechseln und Schecks)

Wirtschaftskalender für das Jahr 1958
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage 1958

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage 1)3)
		insgesamt 1)	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende 2)	
Januar	31	26 (25)	5	4	5 (6)
Februar	28	24	4	4	4
März	31	26	4	5	5
1. Vierteljahr	90	76 (75)	13	13	14 (15)
April	30	24	4	4	6
Mai	31	24	5	5	7
Juni	30	24 (23)	4	4	6 (7)
2. Vierteljahr	91	72 (71)	13	13	19 (20)
Juli	31	27	4	4	4
August	31	26 (25)	5	5	5 (6)
September	30	26	4	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13	13 (14)
Oktober	31	27	5	4	4
November	30	24 (23)	4	5	6 (7)
Dezember	31	25	4	4	6 4)
4. Vierteljahr	92	76 (75)	13	13	16 (17)
Kalenderjahr 1958	365	303	52	52	62
(Hessen)		(302)			(63)
(Bayern)		(302/300)			(63/65)
(Nordrhein - Westfalen, Rhein- land - Pfalz)		(301)			(64)
(Baden - Württemberg, Saarland)		(300)			(65)
1. Halbjahr	181	148	26	26	33
(Nordrhein - Westfalen, Hessen, Rheinland - Pfalz, Saarland) .		(147)			(34)
(Bayern)		(147/146)			(34/35)
(Baden - Württemberg)		(146)			(35)
2. Halbjahr	184	155	26	26	29
(Bayern)		(155/154)			(29/30)
(Nordrhein - Westfalen, Rhein- land - Pfalz, Baden - Württem- berg)		(154)			(30)
(Saarland)		(153)			(31)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf Wochentage fielen:

6. Januar (Hl. drei Könige): in Baden-Württemberg und Bayern,

5. Juni (Fronleichnam): in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern,

15. August (Mariä Himmelfahrt): im Saarland, gebietsweise in Bayern,

1. November (Allerheiligen): in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern (in den betreffenden bayerischen Gemeinden Bußtag kein gesetzlicher Feiertag).

2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird.

3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertagsarbeit in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

4) 14. und 21. Dezember: verkautsoffene Sonntage.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1958

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in vH der langjährigen Durchschnitte		
Januar	0,0	100 bis 200	60 bis 100	Bei mehrfachem Wechsel zwischen Frosttagen und warmem Wetter fast im ganzen Bundesgebiet zu naß
Februar . .	− 0,5 bis + 3	150 bis 450	50 bis 150	Überdurchschnittlich warm und naß
März.	− 4 bis − 2	15 bis 90	80 bis 150	Zu kalt und trotz Niederschlagshäufigkeit zu trocken
April	− 3 bis − 1	60 bis 120	75 bis 120	Zu kalt und im größten Teil des Bundesgebietes zu trocken
Mai	0 bis + 2	60 bis 270	80 bis 110	Im größten Teil des Bundesgebietes überdurchschnittlich warm und allgemein niederschlagsreich
Juni.	− 1,5 bis 0	70 bis 140 ¹⁾	90 bis 105	Zu kühl bei sehr unterschiedlichen Niederschlagsverhältnissen
Juli	− 0,5 bis + 1,2	45 bis 125 ²⁾	80 bis 110	Nördlich des Mains etwas zu kalt und zu feucht, im Süden des Bundesgebietes etwas zu warm
August	+ 0,5 bis + 1,6	100 bis 180 ³⁾	90 bis 113	Überwiegend schwül und unbeständig, im Norden und Nordwesten des Bundesgebietes naß
September . .	+ 1,5 bis + 2,5	60 bis 150	100 bis 130	Überdurchschnittlich warm und sonnig
Oktober . . .	+ 0,2 bis + 2	35 bis 100 ⁴⁾	85 bis 112	Im allgemeinen mild, teils sonnig, teils neblig-trübe
November . .	0 bis + 2,3	30 bis 80	25 bis 75	Trocken, überdurchschnittlich mild, in den Niederungen ungewöhnlich sonnenscheinarm
Dezember . .	+ 1,5 bis + 2,5	100 bis 200 ⁵⁾	40 bis 120 ⁶⁾	Überdurchschnittlich mild, im Binnenland zu naß, im Küstengebiet zu trocken

1) In Schleswig-Holstein teilweise 20 vH bis 50 vH, vereinzelt in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern 170 vH bis 200 vH.

2) Norddeutschland 100 vH bis 175 vH.

3) Baden-Württemberg 50 vH bis 110 vH.

4) Bayern bis 130 vH.

5) Im Küstengebiet 50 vH bis 100 vH.

6) Im Küstengebiet 115 vH bis 140 vH, in Süddeutschland 120 vH bis 200 vH.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im Jahre 1958

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Januar		
1	1. Januar	Inkrafttreten der Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom)
2		25%ige konjunkturpolitische Zollsenkung für Waren der gewerblichen Wirtschaft unbefristet in den neuen Zolltarif überführt. Obstzölle weiterhin teils aufgehoben, teils gesenkt, befristet bis 30. April 1958. (Inkrafttreten der Ersten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1958-Überleitungsverordnung-vom 27. Dezember 1957)
3		Inkrafttreten des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 (sog. Kartellgesetz)
4		Durch Wegfall von Mehl- und Getreidesubventionen Mehlpriese um 5,10 DM bis 5,45 DM je 100 kg erhöht. Durchschnittliche Erhöhung der Einzelhandelspreise bei Brot um 7,6 vH, bei Backwaren um 5,3 vH, bei Nahrungsmitteln um 1,7 vH
5		Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne in der Metallindustrie des Bundesgebietes (ohne Berlin) für Zeitlohnarbeiter um 6 vH, für Akkordarbeiter um 5 vH
6		Inkrafttreten der Verordnung vom 16. März 1956 über Verringerung der Höchstmaße und -gewichte für neu zuzulassende Lastfahrzeuge
7		Änderung der Ladenschlußzeiten an Sonntagen. Grundsätzlich 14 Uhr (bisher 16 Uhr), nur am ersten Sonntag des Monats 18 Uhr
8	11. Januar	Allen Deviseninländern Unterhaltung von Fremdwährungskonten bei Geldinstituten im Ausland (auch Postscheckkassen) genehmigt. (Mitteilung Nr. 7 002/58 der Deutschen Bundesbank vom 1. Januar 1958)
9		Alle inländischen Geldinstitute ermächtigt, Währungskonten für Deviseninländer zu führen. (Mitteilung Nr. 7 003/58 der Deutschen Bundesbank vom 11. Januar 1958)
10	17. Januar	Deutsche Bundesbank senkt Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 4% auf 3½%, Lombardsatz von 5% auf 4½%
11	20. Januar	Beginn des Textilarbeiterstreiks in Niedersachsen und Bremen (Ende 22. März)
12	27. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 8. Februar)
Februar		
13	1. Februar	Arbeitszeitverkürzung auf 42 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in den Hochofenbetrieben der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen
14		Inkrafttreten erhöhter Verkehrstarife a) bei den Eisenbahnen im Personenverkehr Regeltarife um 8,7 vH, Sozialtarife i. allg. um 50 vH, Gütertarife im Durchschnitt um 8,5 vH erhöht; b) im gewerblichen Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen konform mit der Erhöhung der Eisenbahntarife; c) bei der Binnenschifffahrt in einzelnen Stromgebieten
15		Proklamation der Vereinigten Arabischen Republik in Kairo. Zusammenschluß Ägyptens und Syriens. Bildung der Vereinigten Arabischen Staaten durch föderativen Anschluß des Königreichs Jemen an die Vereinigte Arabische Republik (9. März)
16	3. Februar	Unterzeichnung eines Wirtschaftsunionen-Vertrages der Benelux-Länder in Den Haag. Ziel des Vertragswerkes Vervollständigung der größtenteils schon verwirklichten Wirtschaftseinheit der drei Länder; Geltungsdauer zunächst 50 Jahre
17	6. Februar	Ausdehnung des Textilarbeiterstreiks auf Hessen (Ende 29. März)
18	10. Februar	Nach Ablauf der fünfjährigen Übergangsperiode der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Zölle für Kohle und Stahl innerhalb der Mitgliedstaaten aufgehoben
19		Habenzinsen-Höchstsätze gesenkt für Spareinlagen um ¼% auf 3¼% (gesetzliche Kündigungsfrist), auf 4% und 5% (vereinbarte Kündigungsfristen), auf 3¼% (Postspareinlagen), für Sichteinlagen um ¼% auf ½% und 1%, für Termineinlagen um ½% bis ¾% auf 2 7/8% bis 4½%
20	12. Februar	Inkrafttreten der Zweiten Verordnung zur Änderung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung. Vom 7. Februar 1958. Wichtigste Änderungen, wirksam ab: 1. Januar 1956 Neuregelung der Absetzung bei nicht zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgütern; Erhöhung der Höchstbeträge bei Sonderausgaben; Bestimmungen über Steuererklärungspflicht und Durchführung der Veranlagung bei Zusammen- und bei getrennter Veranlagung von Ehegatten; Neueinführung einer Bewertungsfreiheit für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau;

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Februar
		6. Oktober 1956 Verkürzung der Laufzeiten und Rückzahlungsfristen bei Kapitalansammlungsverträgen;
		7. Oktober 1956 Neuregelung der Bestimmungen zum Erwerb von Wertpapieren durch Spareinlagen;
		1. Januar 1957 Erhöhung der Grenze für Steuerfreiheit bestimmter Zuschläge zum Arbeitslohn von 7 200 DM auf 15 000 DM
21	22. Februar	Erstmals Feierschichten im Ruhrkohlenbergbau wegen zu hoher Haldenbestände
22	27. Februar	Zustimmung des Bundestages zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Grünen Plan 1958. Insgesamt bereitgestellt 1 341 Mill. DM, und zwar für:
		1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse 403 Mill. DM*)
		2. rationellere Gestaltung der Erzeugung 359 " "
		3. Förderung von Qualität und Absatz verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse 528 " "
		4. Kreditverbilligung und finanzpolitische Maßnahmen 51 " "
		1 341 Mill. DM
		*) Darüber hinaus vorgesehen zinsverbilligte Kredite aus Kapitalmarktmitteln 190 Mill. DM
		März
23	5. März	Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts § 8 UStG für nichtig erklärt, da dem Artikel 80 Abs. 1 Satz 2 GG widersprechend. Danach entfällt die gemäß § 58 UStDB erhobene Umsatzsteuer bei Verbindung der Herstellung mit Einzelhandel
24	31. März	Eröffnung des Stuttgarter Hafens nach Ausbau des Neckars zur Großschiffahrtsstraße bis Stuttgart für Schiffe bis 1 350 t Tragfähigkeit
		April
25	1. April	Wiedereinführung der „umsatzsteuerlichen Organschaft“. Übergangsregelung durch Erlaß des Bundesfinanzministers vom 21. März 1958: Gültig für nach dem 31. März 1958 ausgeführte Lieferungen und sonstige Leistungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften und zwischen Schwestergesellschaften derselben Muttergesellschaft, ohne Unterschied, ob Versteuerung nach dem Ist oder Soll; Umsatzsteuerveranlagung der Tochtergesellschaften für das 1. Kalendervierteljahr 1958 gleichzeitig mit der Veranlagung für 1957 durchzuführen
26		Erhöhung der Grundgehälter für Angestellte der öffentlichen Verwaltung im Bundesgebiet je nach Vergütungsgruppe um 18 DM bis 77 DM je Monat, des Ecklohnes für gewerbliche Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltung des Bundes um 15 Pf, der Länder (ohne Stadtstaaten) um 12 Pf je Stunde
27		Erhöhung des Bundesecklohnes für gewerbliche Arbeitnehmer im Baugewerbe des Bundesgebietes (ohne Berlin) um 9 Pf je Stunde
28		Erhöhung der Zeitkartengebühren im Busverkehr der Bundesbahn und Bundespost. Durchschnittliche Verteuerung der Zeitkarten des Berufsverkehrs um 45 vH, des Schülerverkehrs um 8 vH bis 10 vH
29		Erhöhung der Beförderungssteuer im Werkfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen von 4 Pf auf 5 Pf je tkm
30		Herabsetzung der Subvention von 4 Pf auf 3 Pf je Liter Milch vorgeschriebener Güte bei gleichzeitiger Verschärfung der Qualitätsbestimmungen
31		Beschluß der westdeutschen Stahlwerke, die Einfuhr amerikanischer Kohle im neuen, am 1. April 1958 beginnenden Kohlenwirtschaftsjahr auf 1 Mill. t zu kürzen (Einfuhr im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 3,2 Mill. t)
32		Verkündung der Zweiten Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung 1955. Vom 26. März 1958. U. a.: Steuerfreier Betrag für Unterhalt und Berufsausbildung sowie Grenzen für die Steuerfreiheit von Heirats- und Geburtsbeihilfen erhöht, Altersfreibetrag für unverheiratete Arbeitnehmer ohne Kinderermäßigung eingeführt, sämtlich wirksam ab 1. Januar 1957; begrenzte Lohnsteuerbefreiung für Zuschüsse des Arbeitgebers zu einer Versicherung des Arbeitnehmers (an Stelle der gesetzlichen Rentenversicherung) unter bestimmten Voraussetzungen, wirksam ab 1. März 1957; Lohnsteuer von sonstigen Bezügen (z. B. Tantiemen, Gratifikationen, Lohnnachzahlungen) ab 1. Januar 1958 nach Pauschsteuersätzen zu bemessen

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
April		
33	22. April	Eröffnung der Gesetzgebenden Versammlung des aus 10 Inseln im Karibischen Meer gebildeten Staates Westindien. Verlautbarung der föderativen Vereinigung der 10 Inseln (Jamaika, Trinidad, Barbados u. a.) am 3. Januar 1958
34	25. April	Unterzeichnung von Abkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und UdSSR in Bonn (Anfang April in Moskau vereinbart): a) Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für 1958 bis 1960; Gesamtwert der vereinbarten Warenlieferungen 1958 rd. 850 Mill. DM 1959 " 1 050 " " 1960 " 1 250 " " ; b) Protokoll über den Warenverkehr 1959; c) Abkommen über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt; d) Konsularvertrag
35	April	Preissenkungen bei Tankstellen - Benzin je nach Preiszone um 1 Pf bis 4 Pf je Liter
Mai		
36	1. Mai	Inkrafttreten der neuen Postpaket- und Postgutgebühren; um durchschnittlich 18 vH erhöht
37		Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne für gewerbliche Arbeitnehmer in der chemischen Industrie des Bundesgebietes (ohne Berlin) um durchschnittlich 8,4 vH
38	7. Mai	Erhöhung der Löhne der Bundespost - Arbeiter um 7 vH und Gewährung zweier neuer Dienstzeitzulagen, rückwirkend ab 1. April 1958
39		Abschluß von Wirtschaftsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Arabischen Republik. Garantie der Bundesregierung bis zu 350 Mill. DM für langfristige Kredite bei Lieferung von Investitionsgütern durch deutsche Firmen
40	13. Mai	Staatskrise in Frankreich. 31. Mai: Einverständniserklärung der Führungsgremien der politischen Parteien - mit Ausnahme der Kommunistischen Partei - mit einer Regierungsübernahme durch General de Gaulle
41	29. Mai	Veröffentlichung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien über die Stationierungskosten. Vorgesehene Leistungen der Bundesrepublik: a) Jährliche Devisenhilfe von 12 Mill. Pfund Sterling in den Jahren 1958 (sofort fällig), 1959 und 1960 (fällig je am 1. April); b) Errichtung eines zinsfreien Depots in Großbritannien in Höhe von 50 Mill. Pfund Sterling im Haushaltsjahr 1958/59; c) Tilgung von 22,5 Mill. Pfund Sterling für erst 1962 bis 1964 fällige Tilgungsraten aus der Nachkriegswirtschaftshilfe Großbritanniens bereits im Haushaltsjahr 1958/59
42		Aufhebung der Lebensmittelrationierung in der sowjetischen Besatzungszone, verbunden mit Erhöhung der bisherigen Preise für zugeteilte Lebensmittel
Juni		
43	1. Juni	Arbeitszeitverkürzung auf 46 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte der Deutschen Bundesbahn
44		General de Gaulle von französischer Nationalversammlung als Regierungschef bestätigt
45	13. Juni	Dritter Kredit der Deutschen Bundesbank an Weltbank in Höhe von 115 Mill. US-Dollar, Verzinsung 2½%; vierter Kredit von 200 Mill. DM (erstmal in deutscher Währung) am 27. Juni 1958, Zinssatz 3%; weiterer Kredit am 5. Dezember 1958 in Höhe von 58 Mill. US-Dollar (davon 25 Mill. US-Dollar an Stelle eines früheren, am 16. Januar 1959 fälligen Kredits)
46	21. Juni	Durch Bank von Frankreich die am 10. August 1957 vorgenommene de-facto-Abwertung des Franc legalisiert. Umrechnungskurs nunmehr: 1 US-Dollar = 420 ffrs
47	27. Juni	Deutsche Bundesbank senkt Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 3½% auf 3%, Lombardsatz von 4½% auf 4%
48		Beschluß des Rates der OEEC, die Frist für Erfüllung der Verpflichtung der Mitgliedsländer zur 90%igen Liberalisierung des Außenhandels nochmals - bis 30. Juni 1959 - zu verlängern
49	30. Juni	Inkrafttreten der zwischen den USA und den GATT-Partnerstaaten 1956 vereinbarten Zollsenkungen der 3. Stufe für über 1 000 Zollsätze auf Importwaren (Rohstoffe und Fertigerzeugnisse)
Juli		
50	1. Juli	Inkrafttreten des Getreidepreisgesetzes 1958/59 vom 12. Juli 1958. U. a. Senkung der Roggenlieferprämie von 20 DM auf 10 DM je t
51		Für den aktiven und passiven Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland weitgehend allgemeine Genehmigung erteilt. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 23/58 vom 6. Juni 1958)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Juli		
52	1. Juli	Abschaffung der erstmals am 15. September 1954 eingerichteten Liberalisierten Kapitalmark-Konten (Libka-Mark). (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 29/58 vom 18. Juni 1958). Gleichzeitig Kapitaleinfuhr in die Bundesrepublik Deutschland neu geregelt. (Allgemeine Genehmigungen der Deutschen Bundesbank vom 24. Juni 1958). U.a.: Ausländische Direktinvestitionen im Bundesgebiet sowie Erwerb von Grundstücken und inländischen Wertpapieren durch Devisenländer von Genehmigungspflicht befreit; Aufnahme von Anleihen und Krediten in DM durch Devisenländer im Ausland mit mindestens fünfjähriger Laufzeit allgemein genehmigt
53	6. Juli	Devisenländern allgemein genehmigt u.a. Gründung und Erwerb von sowie Beteiligung an Unternehmen im Ausland; Gewährung von Darlehen an solche Unternehmen und Aufnahme von Krediten im Ausland zur Durchführung vorgenannter Geschäfte. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 30/58 vom 27. Juni 1958)
54		Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
55	14. Juli	Erste Feierschicht im Saarkohlenbergbau
56	21. Juli	Habenzinsen-Höchstsätze gesenkt für Spareinlagen um $\frac{1}{4}\%$ auf 3% (gesetzliche Kündigungsfrist), auf 3% (Postspareinlagen), um $\frac{3}{4}\%$ auf $3\frac{1}{4}\%$ und $4\frac{1}{4}\%$ (vereinbarte Kündigungsfristen), für Termineinlagen um $\frac{1}{4}\%$ bis $\frac{3}{4}\%$ auf $2\frac{3}{8}\%$ bis $3\frac{7}{8}\%$
57	24. Juli	Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958. Mit Wirkung vom 1. Januar 1958: Neugestaltung des Einkommensteuertarifs: für zu versteuerndes Einkommen bis 8 000 DM proportionale Besteuerung, darüber hinaus progressiv zunehmende Steuersätze; Neuregelung der Ehegattenbesteuerung (Zusammenveranlagung, getrennte Veranlagung, Splitting, Zusammenveranlagung mit Kindern); Erweiterung der Bestimmungen über steuerfreie Einnahmen; Heraufsetzung der Veranlagungsgrenze für Arbeitnehmer mit nicht lohnsteuerpflichtigen Einkünften; Einschränkung der Begünstigung der Sparrätigkeit ab 1. Januar 1959; Änderung der Körperschaftsteuersätze, Wegfall der Abgabe „Notopfer Berlin“ für Körperschaftsteuerpflichtige, erstmals für Veranlagungszeitraum 1958
58	28. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 9. August)
59	Juli	Erhöhung der monatlichen Angestelltenbezüge bei Bund, Ländern und Gemeinden je nach Vergütungsgruppe um 15 DM bis 104 DM, rückwirkend ab 1. April 1958
August		
60	1. August	Inkrafttreten der Verordnung über den Mietpreis für den bis zum 31. Dezember 1949 bezugsfertig gewordenen Wohnraum (Altbaumietenverordnung) vom 23. Juli 1958. Vereinfachung des Mietpreisrechts, preisrechtlich zulässige Miete, preisgebundener Wohnraum, Stichtagmiete, Mietzuschläge
61	7. August	Erstmals unterschiedliche Zollbelastung für einige Waren: bei Einfuhr im freien Verkehr aus Ländern der EWG Zollfreiheit, bei Einfuhr aus anderen Ländern Erhebung eines Zolls. (Inkrafttreten der Dritten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1958. Vom 25. Juli 1958)
62	13. August	Einschränkung der Kohle- und Heizölimporte in die Bundesrepublik Deutschland durch Reduzieren der als Ausnahmegenehmigung zugelassenen Lieferfristen von 3 auf $1\frac{1}{2}$ Jahre in neuen Importverträgen
63	14. August	Erlaß des Bundesfinanzministers, ab sofort bei der Einfuhr von Waren aus der Volksrepublik China die Meistbegünstigung bis auf weiteres anzuwenden
64	15. August	Lockerung der bestehenden Ausfuhrbeschränkungen gegenüber den Ostblockstaaten und der Volksrepublik China
September		
65	1. September	Erhebung der Lohnsteuer entsprechend dem neuen Lohnsteuertarif. (Gesetz zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag und des Verfahrensrechts vom 18. Juli 1958)
66	4. September	Genehmigungspflicht für Abschluß von Einfuhrverträgen für Kohle aus Ländern außerhalb der Montan-Union. Vor dem 3. September 1958 abgeschlossene Einfuhrverträge in der Durchführung nicht beschränkt. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 43/58 vom 2. September 1958 betreffend Aufhebung der allgemeinen Einfuhrgenehmigung für feste Brennstoffe aus Ländern außerhalb der Montan-Union)
67	15. September	Erhöhung der Suezkanalgebühren um 3 vH zur Rückzahlung von Vorschüssen für die seinerzeit entstandenen Räumungskosten
68	28. September	Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Oktober		
69	1. Oktober	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte der Verwaltungen des Bundes, der Länder, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost
70		Erhöhung des Ecklohnes für die gewerblichen Arbeitnehmer der Verwaltungen des Bundes und der Länder (ohne Stadtstaaten) um 12 Pf je Stunde
71	2. Oktober	Proklamation der Unabhängigkeit Guineas; Ausscheiden der Republik Guinea aus der Französischen Gemeinschaft
72	6. bis 10. Oktober	Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds in Neu-Delhi, U. a. grundsätzlich beschlossen, das Kapital der Weltbank und die Quoten des Währungsfonds zu erhöhen
73	14. Oktober	Proklamation Madagaskars zur „Madegassischen Republik“ als Mitgliedstaat der Französischen Gemeinschaft
74	Oktober	Erste Auslandsanleihe in der Bundesrepublik Deutschland aufgelegt: 50 Mill. DM Wandelanleihe der Anglo-American Corporation of South Afrika Ltd.
November		
75	1. November	Arbeitszeitverkürzung auf 45 Wochenstunden für die Bundesbeamten
76	4. November	Zusammenschluß der drei Commerzbank-Nachfolgeinstitute Commerzbank - Bankverein Aktiengesellschaft, Düsseldorf, Commerz- und Credit-Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt/Main, Commerz- und Disconto-Bank Aktiengesellschaft, Hamburg, zur Commerzbank Aktiengesellschaft, Düsseldorf
77	7. November	Geldinstitute mit Sitz im Inland ermächtigt, Fremdwährungskonten bei Geldinstituten im Ausland für den Zahlungsverkehr und für Geschäfte mit dem Ausland zu unterhalten. (Mitteilung der Deutschen Bundesbank Nr. 7 005/57-1. Neufassung- vom 7. November 1958 betr. Bekanntmachung über die Unterhaltung von Fremdwährungskonten inländischer Geldinstitute im Ausland- Auslandskonten-)
78	9. November	Beschluß des Zechenhandels des westdeutschen Steinkohlenbergbaues, alle nach dem 18. April 1958 neu abgeschlossenen Einfuhrverträge über USA-Kohle auf eigene Kosten zu annullieren
79	11. November	Westdeutsche Stahlindustrie gibt Einfuhrlizenzen über 2,8 Mill. t USA-Kohle zurück
80	14. November	Infolge Ablehnung des bisher erörterten Konzepts der Freihandelszone durch Frankreich auf Pariser Tagung des zwischenstaatlichen Komitees der OEEC Zustandekommen der Freihandelszone in Frage gestellt
81	20. November	Habenzinsen-Höchstsätze gesenkt für Spareinlagen um $\frac{1}{4}\%$ auf 4% (Kündigungsfrist von 12 Monaten und darüber), für Termineinlagen um $\frac{1}{4}\%$ bis $\frac{3}{8}\%$ auf 2% bis $\frac{3}{4}\%$. Einführung einer Kündigungssperrfrist von 6 Monaten für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist. Wegfall der bisher unterschiedlichen Verzinsung der Termineinlagen nach deren Höhe
82	23. November	Landtagswahlen in Hessen und Bayern
83	27. November	Änderung des gegenwärtigen Status Berlins durch Sowjetregierung in einer an die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Note gefordert
84	29. November	Erste Feierschicht im Aachener Steinkohlenrevier
85	November	Beschluß der Unternehmen des Ruhrbergbaues, bis 31. März 1959 keine Bergleute neu einzustellen
86		Auf XIII. Jahrestagung des GATT (16. Oktober bis 22. November 1958) von Bundesrepublik Deutschland Einstellung von Importbeschränkungen für rd. 50 landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse bekanntgegeben (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 50/58 vom 4. November 1958, in Kraft getreten am 9. November 1958) sowie Aufhebung von Beschränkungen für eine Reihe industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse ab 1. Januar 1959 angekündigt. Gegen Suspendierung von Importlizenzen für Überseekohle keine Gegenmaßnahmen beschlossen
87		Proklamation zu autonomen Republiken und Mitgliedstaaten der Französischen Gemeinschaft: 24. November Sudanesische Republik 25. " Senegal 28. " Islamitische Republik Mauretanien 28. " Tschad 28. " Kongo (früher: Mittel-Kongo) 28. " Gabun
Dezember		
88	1. Dezember	Preissenkungen für Eisen und Stahl in einigen Ländern der Montan-Union, in der Bundesrepublik Deutschland in Form von Rabatten
89	Anfang Dezember	Inbetriebnahme des Ölhafens Wilhelmshaven; Ende Dezember durch 390 km lange Rohrleitung mit Rhein-Ruhr-Gebiet verbunden

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Dezember
90	7. Dezember	Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus
91	15. Dezember	Vom Ministerrat der OEEC Beschlußfassung über Verwirklichung der Freihandelszone vertagt
92	22. Dezember	Antrag von drei Unternehmen des Ruhrbergbaues und von fünf Ölgesellschaften beim Bundesminister für Wirtschaft, Erlaubnis zum Abschluß eines Kartellvertrages zu erteilen (Eindämmung der Konkurrenz des Heizöls)
93	24. Dezember	Inkrafttreten der 11. Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz. Vom 20. Dezember 1958. Fortfall des Mineralölsteuerprivilegs nach dem 31. Dezember 1958 für mittelschweres und schweres Heizöl
94		Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Lebensmittelgesetzes. Vom 21. Dezember 1958. U.a. grundsätzliches Verbot des Zusatzes von Fremdstoffen zu Lebensmitteln ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes wirksam
95	29. Dezember	Äußere Konvertibilität der Währungen bei unveränderter Parität (ausgenommen französischer Franc) in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und Schweden hergestellt, in Österreich ab 1. Januar 1959; Schweizer Franken schon bisher frei konvertierbar. Leistung und Entgegennahme von Zahlungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Ausland in jeder ausländischen Währung durch Zahlungsmittel aller Art zugelassen; bisherige frei und beschränkt konvertierbare DM-Konten zu einheitlichen Ausländer-DM-Konten zusammengefaßt
96		Inkrafttreten des Europäischen Währungsabkommens (EWA) (Zahlungssystem mit vollem Goldausgleich an Stelle des EZU-Clearings mit automatischen Krediten), verbindlich auch für die OEEC-Länder mit noch nicht konvertierbarer Währung; Gründung des Europäischen Fonds (EF) in Höhe von 600 Mill. US-Dollar, insbesondere zur Erleichterung des monatlichen Saldenausgleichs der Zentralbanken; Beitrag der Bundesrepublik Deutschland 42 Mill. US-Dollar; Europäische Zahlungsunion (EZU) ab 27. Dezember 1958 in Liquidation
97		Abwertung des französischen Franc um 14,93 vH; neue Parität 1 US-Dollar = 493,7 ffrs. Im Zusammenhang hiermit sowie mit der Konvertibilitätserklärung wirtschaftspolitische Maßnahmen durch französische Regierung eingeleitet, u.a. Wiederbeginn der Einfuhrliberalisierung Währungen Marokkos und Tunesiens vom französischen Franc gelöst
98		Argentinien beschließt freie Konvertierbarkeit der Währung und Aufhebung aller Einfuhrbeschränkungen
99	31. Dezember	Auslaufen der steuerlichen Begünstigung bei Neuabschluß von Sparverträgen
100		Inkrafttreten der Verordnung zur Änderung der Neubaumieten-Verordnung. Vom 19. Dezember 1958. Für bis zum 31. Dezember 1949 bezugsfertig gewordenen Wohnraum statt Stichtagsmiete („Grundmiete“) künftig auf Deckung der laufenden Aufwendungen abgestellte Miete („Einzelmiete“)
101	Dezember	Durch Exekutiv-Direktoren des Internationalen Währungsfonds Aufstockung des Fonds um 50 vH sowie überproportionale Erhöhung der Quote der Bundesrepublik Deutschland von 330 Mill. US-Dollar auf 787,5 Mill. US-Dollar in die Wege geleitet
102		Proklamation zu autonomen Republiken und Mitgliedstaaten der Französischen Gemeinschaft: 1. Dezember Zentralafrikanische Republik (Ubangi-Schari) 4. " Elfenbeinküste 4. " Dahome 11. " Ober-Volta 18. " Niger

Wirtschaftskalender für das Jahr 1959
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage 1959

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage 1)3)
		insgesamt 1)	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende 2)	
Januar	31	26 (25)	5	5	5 (6)
Februar	28	24	4	4	4
März	31	24	4	4	7
1. Vierteljahr	90	74 (73)	13	13	16 (17)
April	30	26	5	4	4
Mai	31	23 (22)	4	5	8 (9)
Juni	30	25	4	4	5
2. Vierteljahr	91	74 (73)	13	13	17 (18)
Juli	31	27	5	4	4
August	31	26 (25)	4	5	5 (6)
September	30	26	4	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	13	13	13 (14)
Oktober	31	27	5	5	4
November	30	24 (25)	4	4	6 (5)
Dezember	31	25	5	4 4)	6 5)
4. Vierteljahr	92	76 (77)	14	13	16 (15)
Kalenderjahr 1959	365	303	53	52	62
(Nordrhein - Westfalen, Hessen, Rheinland - Pfalz)		(302)			(63)
(Bayern)		(302/301)			(63/64)
(Baden - Württemberg, Saarland)		(301)			(64)
1. Halbjahr	181	148	26	26	33
(Nordrhein - Westfalen, Hessen, Rheinland - Pfalz, Saarland) .		(147)			(34)
(Bayern)		(147/146)			(34/35)
(Baden - Württemberg)		(146)			(35)
2. Halbjahr	184	155	27	26	29
(Saarland)		(154)			(30)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf Wochentage fielen:

- 6. Januar (Hl. drei Könige): in Baden-Württemberg und Bayern,
- 28. Mai (Fronleichnam): in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern,
- 15. August (Mariä Himmelfahrt): im Saarland, gebietsweise in Bayern,
- 18. November (Bußtag): in Bayern gebietsweise kein gesetzlicher Feiertag.

2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird.

3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertagsarbeit in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

4) Der vierte Sonnabend fiel auf den zweiten Weihnachtsfeiertag.

5) 13. und 20. Dezember: verkaufsoffene Sonntage.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1959

Monat	Abweichung der mittleren Lufttem- peratur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in vH der langjährigen Durchschnitte		
Januar	0 bis + 1	80 bis 200 ¹⁾	100 bis 200 ²⁾	Niederschlagsreich, verhältnismäßig viel Sonnenschein
Februar . . .	- 1 bis 0	10 bis 35	80 bis 205	Niederschlagsarm, meist heiter, starke Tem- peraturunterschiede zwischen Tag und Nacht
März	+ 2 bis + 3,5	30 bis 100	100 bis 145	Überdurchschnittlich warm, häufige, doch meist nur geringe Niederschläge
April	+ 1,8 bis + 3	45 bis 100	107 bis 150	Meist wechselhaft mit Perioden warmer und kühlerer Witterung
Mai	+ 0,2 bis + 0,9	40 bis 90 ³⁾	100 bis 125	Zu trocken, zeitweise recht warm
Juni	+ 0,2 bis + 1,9	25 bis 95 ⁴⁾	65 bis 160 ⁵⁾	Warm und meist zu trocken
Juli	+ 1,5 bis + 3,5	30 bis 110 ⁶⁾	100 bis 165	Heiß, sonnig, fast überall zu trocken
August	0 bis + 3	3 bis 160 ⁷⁾	85 bis 130	Warm und meist zu trocken, zeitweise unbe- ständig, sehr unterschiedliche Nieder- schlagsmengen
September . .	- 0,5 bis + 3	1 bis 40 ⁸⁾	140 bis 240	Besonders trocken, sehr sonnenscheinreich, trotz kalter Nächte im allgemeinen wärmer als normal
Oktober . . .	+ 0,3 bis + 2	50 bis 90 ⁹⁾	125 bis 180	Meist trocken, heiter, warm, im letzten Mo- natsdrittel wechselhaft mit z.T. sehr ergie- bigen Niederschlägen
November . .	- 2 bis + 0,6	40 bis 95 ¹⁰⁾	60 bis 95	Niederschlags- und sonnenscheinarm, kühl
Dezember . .	+ 0,6 bis + 3,5	50 bis 130 ¹¹⁾	40 bis 120	Mild, vielfach neblig-trübe, zweite Monats- hälfte Regen

1) Baden-Württemberg 30 vH bis 220 vH.

2) Süddeutschland 80 vH bis 100 vH.

3) Im Norden des Bundesgebietes 5 vH bis 40 vH.

4) Im Küstengebiet bis 110 vH, im Süden und Südwesten bis 220 vH.

5) Norddeutschland 120 vH bis 160 vH, Süd- und Südwestdeutschland
65 vH bis 100 vH.

6) Niedersachsen und Hamburg 24 vH bis 55 vH.

7) Im Norden 3 vH bis 75 vH, im Westen 30 vH bis 110 vH,
im Süden und Südosten 50 vH bis 160 vH.

8) In Bayern und größerem Teil Baden-Württembergs 10 vH bis
40 vH, im übrigen Bundesgebiet 1 vH bis 8 vH.

9) In großen Teilen Süddeutschlands 90 vH bis 150 vH.

10) Ober- und Ostbayern 15 vH bis 50 vH.

11) Nord- und Westdeutschland 50 vH bis 90 vH.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im Jahre 1959

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Januar
1	1. Januar	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Wochenstunden in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im gesamten Bundesgebiet (in Bayern ab 1. Februar 1959); im graphischen Gewerbe für gewerbliche Arbeitnehmer im gesamten Bundesgebiet, für Angestellte in Nordrhein-Westfalen und Hessen (in den anderen Bundesländern zu verschiedenen Terminen des Jahres 1959)
2		Maßnahmen der EWG zur Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes nach Ablauf des ersten Jahres der Übergangszeit: a) Erste Senkung der am 1. Januar 1957 angewandten Zollsätze um 10 vH im Verkehr der Mitgliedstaaten. Anschließend Ausdehnung dieser Zollsenkung auf die Einfuhr aus den übrigen Mitgliedstaaten der OEEC und des GATT, soweit Zollsätze höher als die des Gemeinsamen Außentarifs; b) erste Erhöhung der Einfuhrkontingente innerhalb der EWG für Industrieprodukte; an Stelle der bilateralen Kontingente um 20 vH ihres Gesamtwertes erhöhte, mindestens 3 vH der nationalen Erzeugung betragende Globalkontingente; c) Regelung des Ursprungsproblems durch Warenverkehrsbescheinigungen (in der Bundesrepublik Deutschland EWG-Zollbestimmungen vom 13. Dezember 1958 in Kraft getreten)
3		Im Deutschen Zolltarif 1959 Zollsätze für alle von der 25%igen konjunkturpolitischen Zollsenkung des Jahres 1957 ausgenommenen Waren, hauptsächlich Waren der Agrarwirtschaft, um 10 vH gesenkt. Soweit Zollsätze niedriger als im Deutschen Zolltarif 1958, Anwendung nur im freien Verkehr der EWG-Staaten. Binnenzolltarif für den Warenverkehr innerhalb der EWG-Staaten, Außenzolltarif für Waren aus anderen Ländern. (Inkrafttreten des Zolltarifgesetzes vom 23. Dezember 1958 und des Deutschen Zolltarifs 1959)
4		Inkrafttreten der Gesetze zur Änderung des Teesteuergesetzes und zur Änderung des Kaffeesteuergesetzes. Vom 23. Dezember 1958. Erhöhung der Tee- und der Kaffeesteuer zum Ausgleich des Einnahmeausfalls infolge einer erheblichen Senkung der Zölle
5		Teilweise Aufhebung mengenmäßiger Beschränkungen der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse entsprechend den Beschlüssen der XIII. GATT-Tagung. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 62/58 vom 23. Dezember 1958)
6		Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten: Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1958 Erhöhung der seit 1957 oder früher laufenden Renten um 6,1 vH mit Wirkung vom 1. Januar 1959. (Erstes Rentenanpassungsgesetz vom 21. Dezember 1958); Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1957: 5 043 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 5 096 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1959 eintretende Versicherungsfälle 4 812 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 4 862 DM). (Inkrafttreten der Zweiten Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 19. Dezember 1958); Erweiterung der Beitragsklassen um Beitragsklasse XVII bzw. J für monatliches Bruttoarbeitsentgelt über 775 DM; Monatsbeitrag: 112 DM. (Inkrafttreten der Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 19. Dezember 1958); Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1959 9 600 DM für Jahres-, 800 DM für Monatsbezüge. (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 19. Dezember 1958)
7	10. Januar	Ausdehnung der 10%igen Zollsenkung mit Wirkung vom 10. Januar 1959 auf Waren aus Nicht-Mitgliedstaaten der EWG. Senkung von 124 Zollsätzen (Außentarif) für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse, zunächst in Form zinsloser Stundung. Rechtsgrundlage: Zweite Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959. Vom 17. März 1959
8		Deutsche Bundesbank senkt Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 3% auf 2¾%, Lombardsatz von 4% auf 3¾%
9	13. Januar	Alle noch bestehenden Beschränkungen des Handels mit Devisen für Deviseninländer fortgefallen bis auf einzelne Ausnahmen beim Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland. (Veröffentlichung der Allgemeinen Genehmigung Nr. 90/59 der Deutschen Bundesbank vom 9. Januar 1959 betreffend An- und Verkauf, Übertragung und Belassung von Zahlungsmitteln in jeder Währung und von ähnlichen Devisenwerten)
10	21. Januar	Inkrafttreten von zwei Allgemeinen Genehmigungen der Deutschen Bundesbank vom 16. Januar 1959: Nr. 86/58 (Neufassung): Darlehen von Devisenausländern an Deviseninländer auch in ausländischer Währung zulässig; Mindestlaufzeit von 5 Jahren weiterhin Voraussetzung. Nr. 91/59: Keinerlei Beschränkungen mehr bei Geschäften über in- und ausländische Wertpapiere zwischen Devisenin- und -ausländern, desgleichen für Ein- und Ausfuhr dieser Wertpapiere; ausgenommen Verkauf inländischer Geldmarktpapiere sowie Aufnahme von Krediten durch Deviseninländer bei -ausländern mit einer Laufzeit unter 5 Jahren
11	26. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 7. Februar)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Januar		
12	29. Januar	Allgemein genehmigt und von Devisenbeschränkungen befreit Verkehr zwischen Deviseninländern, Devisenin- und -ausländern mit im Inland befindlichen a) ungemünzten Edelmetallen (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 11/59 vom 21. Januar 1959), b) Gold- und Silbermünzen, auch hinsichtlich der Verkehrs zwischen Devisenausländern (Allgemeine Genehmigung Nr. 60/51-4, Neufassung- der Deutschen Bundesbank vom 23. Januar 1959). In Waren- und Dienstleistungsverträgen Vereinbarungen über Gegenleistungen in gemünztem oder ungemünztem Edelmetall weiterhin unzulässig. Aufhebung mengenmäßiger Beschränkungen bei der Einfuhr von Gold. (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 13/59 vom 20. Januar 1959)
13	30. Januar	Billigung der Liquidationsabrechnung der Europäischen Zahlungsunion (EZU) durch den Rat der OEEC; hierdurch Auflösung der EZU rückwirkend zum 15. Januar 1959 rechtswirksam. Liquidationsforderung der Bundesrepublik Deutschland aus normalen Krediten 1 027 Mill. US- Dollar
Februar		
14	1. Februar	Habenzinsen - Höchstsätze herabgesetzt für Sichteinlagen um 1/8% und 1/4% auf 3/8% und 3/4%, für Termineinlagen um 1/4% bis 1/2% auf 1 1/2% bis 3/4%
15	Anfang Februar	Durch Haushaltsausschuß des Bundestages dem Saarbergbau 118 Mill. DM zur Verfügung gestellt, darunter 44 Mill. DM zur Ablösung französischer Darlehen
16	3. Februar	Konstituierung der französisch- afrikanischen Gemeinschaft in Paris durch Zusammentreten des Exekutivrates, des Hauptorgans der Gemeinschaft
17	4. Februar	Gründung einer „Notgemeinschaft Deutscher Steinkohlenbergbau“ in Essen zur Ablösung von Kohleimportverträgen
18	9. Februar	Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 12/59 vom 19. Januar 1959. Wesentliche Erleichterungen für die Durchführung von Ausfuhrgeschäften durch Änderung des für die Warenausfuhr grundlegenden Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 89/54 a) im Zusammenhang mit der Konvertierbarkeit der DM, b) durch Revision der internationalen Kontrolllisten für den Verkehr mit strategisch wichtigen Waren
19	14. Februar	Unterzeichnung des Protokolls über den Warenverkehr 1959 auf Grund des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR am 25. April 1958 abgeschlossenen „Langfristigen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr“
20	16. Februar	Einführung eines Steinkohlensolls von 20 DM je t für Importe aus Ländern außerhalb der Montan-Union, zollfreies Kontingent für 1959 rd. 5 Mill. t. (Inkrafttreten der bis 31. Dezember 1959 befristeten Vierten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959. Vom 11. Februar 1959)
21	16./20. Februar	Preise für Dieselmotorkraftstoff durch deutsche Ölgesellschaften um 1,5 Pf je Liter erhöht
22	21. Februar	Inkrafttreten von Allgemeinen Genehmigungen der Deutschen Bundesbank vom 17. Februar 1959. Allgemein genehmigt: Nr. 94/59: Unterhaltung von Konten in ausländischer Währung bei in- und ausländischen Geldinstituten durch Inländer, im Ausland auch in DM; Nr. 95/59: Aufnahme kurzfristiger Kredite für bestimmte Zwecke bei Devisenausländern durch Deviseninländer; Nr. 96/59: Kredite von Deviseninländern an Devisenausländer in jeder Währung; Nr. 97/59: Kredite inländischer Kreditinstitute an Deviseninländer in ausländischer Währung mit Laufzeit bis zu 12 Monaten
23	23. Februar	Von EWG-Kommission erstmals Beteiligung des „Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete“ an Vorhaben in diesen Gebieten (soziale Entwicklungsvorhaben der belgischen Regierung in Belgisch-Kongo und Ruanda- Urundi) genehmigt
24	25. Februar	Zustimmung des Bundestages zu dem von der Bundesregierung vorgelegten „Grünen Plan 1959“. Verlagerung der Mittel zugunsten der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur sowie der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Im einzelnen veranschlagt für 1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse 573 Mill. DM*) 2. rationellere Gestaltung der Erzeugung 257 " " 3. Förderung von Qualität und Absatz verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse 477 " " 4. Kreditverbilligung und finanzpolitische Maßnahmen 34 " " <hr/> 1 341 Mill. DM *) darunter 130 Mill. DM Kredite
März		
25	1. März	Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Vorschriften der Kindergeldgesetze. Vom 16. März 1959. U.a. Erhöhung des Kindergeldes für jedes dritte und weitere Kind von 30 DM auf 40 DM

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
März		
26	1. März	Inkrafttreten der Verordnung über Preise für Milch vom 16. Februar 1959. Verbraucherhöchstpreise für lose Trinkmilch um 1 Pf je Liter erhöht
27	9. bis 14. März	Auszahlung der Nachzahlungsbeträge für die ab 1. Januar 1959 durch das Erste Rentenanpassungsgesetz um 6,1 vH erhöhten Renten für die Monate Januar bis März 1959
28	11./12. März	Aufnahme der Inselgruppe Hawaii als 50. Bundesstaat der Vereinigten Staaten durch US-Kongreß beschlossen
29	13. März	Bekanntmachung der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV 1958) in der Fassung vom 13. März 1959 unter Berücksichtigung der Verordnung zur Änderung einkommensteuerlicher Durchführungsvorschriften vom 12. März 1959. Wichtigste Änderungsvorschriften: Steuerliche Begünstigung von Pensionsrückstellungen in Privatbetrieben eingeschränkt; Verfahren der degressiven Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens; Nachversteuerung bei Versicherungs- und Bausparverträgen; Ausgleich von Härten bei der Veranlagung von Arbeitnehmern mit Einkünften, die nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterlegen haben; erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten für Anlagen und Einrichtungen bei Wohngebäuden (Modernisierungsaufwand bei Altbauten); Veröffentlichung der ab 1. Januar 1958 gültigen Einkommensteuertabelle zu § 32 a Abs. 2 und 3 EStG 1958 (Veranlagung von Ehegatten und verwitweten Personen)
30	17. März	Verkündung des Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1958 über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Vom 17. März 1959. U.a. UdSSR zur Errichtung einer Handelsmission in der Bundesrepublik Deutschland berechtigt
31	20. März	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und USA vereinbart, 150 Mill. US-Dollar Nachkriegshilfe vorzeitig (bis 31. März 1959) zurückzuzahlen
32	24. März	Erste Ausgabe von Volksaktien durch Kapitalerhöhung der bundeseigenen Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (Preußag) um 30 Mill. DM
April		
33	1. April	Durch Ruhrkohleverkaufsgesellschaften Preise für einige Kohlsorten um 1 DM bis 6,80 DM je t gesenkt
34		Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Altspargergesetzes. Vom 4. Februar 1959. Zusätzliche Entschädigung der Altsparer von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der öffentlichen Hand mit 10 vH des Nennwertes
35		Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern ab 1. April 1959 auf den Stand der Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten gegenüber Deviseninländern durch Beschluß des Zentralbankrates gesenkt
36	4. April	Föderation von Mali aus der Republik Senegal und der Sudanesischen Republik gebildet
37	7. April	Verkündung des Gesetzes über das Europäische Währungsabkommen (EWA). Vom 26. März 1959. Zustimmung zum EWA und zum Protokoll über die vorläufige Anwendung des EWA. Inkrafttreten des Gesetzes mit Wirkung vom 1. August 1955, des Protokolls über die vorläufige Anwendung des Abkommens für die Bundesrepublik Deutschland am 26. August 1959
38	9. April	Erste DM-Weltbankanleihe (200 Mill. DM) zur öffentlichen Zeichnung am deutschen Kapitalmarkt aufgelegt
39	19. April	Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz
40	24. April	Ratifikationsurkunden des Abkommens über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt sowie des Konsularvertrages zwischen Bundesrepublik Deutschland und UdSSR (unterzeichnet 25. April 1958 in Bonn) in Moskau ausgetauscht. Inkrafttreten des Abkommens am 24. April 1959, des Konsularvertrages am 24. Mai 1959
41	April	Ruhrbergbau in Verträge über Einfuhr amerikanischer Kohle nach Italien eingetreten (bisher etwa 1 Mill. t)
Mai		
42	1. Mai	Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Einführung der 5-Tage-Woche im rheinisch-westfälischen und Aachener Steinkohlenbergbau auf 40 Wochenstunden für Bergarbeiter unter Tage, auf 42,5 Wochenstunden für Angestellte und - in den rheinisch-westfälischen Revieren - für Arbeiter über Tage. Im Aachener Revier Schichtzeit 9 Stunden. Lohnausgleich stufenweise bis 1. Mai 1961 vorgesehen

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Mai		
43	1. Mai	Erhöhung des Bundessecklohnes für gewerbliche Arbeitnehmer des Baugewerbes im Bundesgebiet (ohne Berlin) um 10 Pf je Stunde
44		Die letzten devisenrechtlichen Beschränkungen auf dem Gebiet der Kapitaleinfuhr aufgehoben. Inkrafttreten der Allgemeinen Genehmigungen der Deutschen Bundesbank vom 7. April 1959: Nr. 86/58 (2. Neufassung): Bei Aufnahme von Darlehen und anderen Krediten in jeder Währung durch Deviseninländer bei Devisenausländern Voraussetzung einer Mindestlaufzeit von 5 Jahren fortgefallen; Nr. 91/59 (Neufassung): Deviseninländern Verkauf auch von inländischen Geldmarktpapieren an Devisenausländer gestattet; Nr. 98/59: Für Konten von Devisenausländern bei inländischen Geldinstituten in jeder Währung Verzinsungsverbot fortgefallen
45		Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 28/59 vom 6. April 1959. Fortfall fast aller noch für einzelne Waren geltenden Beschränkungen bei Transithandelsgeschäften, Erleichterungen bei der Umstellung von Einfuhr auf Transithandel
46		Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 34/59 vom 21. April 1959. Die letzten Zahlungsbeschränkungen im Einfuhrverfahren aufgehoben, u.a. Wegfall der generellen Beschränkung der Zahlungsfristen auf höchstens 12 Monate
47	2. Mai	Aufnahme des Kleinkreditgeschäftes durch Großbanken. Personalkredite von 300 DM bis 2 000 DM, Laufzeit 6 bis 24 Monate. Zinsen 8,2% bis 9,2%, Verwaltungsgebühr 2%
48	10. Mai	Inkrafttreten des Gesetzes über die Gewährung von Prämien für Sparleistungen (Sparprämiengesetz) vom 5. Mai 1959. Für auf 5 Jahre festgelegte Sparbeiträge auf Grund von Verträgen, die nach dem 9. Mai 1959 und vor dem 1. Januar 1964 abgeschlossen werden, Prämie von 20% der im Kalenderjahr geleisteten Sparbeiträge
49	11.- 31. Mai	XIV. Jahresversammlung des GATT in Genf. Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich zum Abbau mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen teils ab 1. Juli 1959, teils innerhalb von drei Jahren
50	12. Mai	Durch Brüsseler Exportkonvention fast alle Richtpreise für Stahlimporte aus der Montan-Union nach dritten Ländern erneut erhöht (frühere Preisherabsetzungen Anfang März und Anfang April 1959)
51	14. Mai	Ministerrat der Montan-Union lehnt Anwendung der Krisenartikel 58 und 74 (System der Förderquoten, Beschränkung der Kohlenimporte aus dritten Ländern) zur Behebung der Kohlenkrise ab, stimmt jedoch Hilfsmaßnahmen für den belgischen Kohlenbergbau zu
52	16. Mai	Inkrafttreten der Allgemeinen Genehmigung Nr. 12/49 (11. Neufassung) der Deutschen Bundesbank vom 12. Mai 1959. Im Reise- und Grenzverkehr bei Ein- und Ausreise jedermann erlaubt, deutsche und ausländische Geldsorten sowie sonstige Zahlungsmittel aller Art in unbegrenzter Höhe mitzuführen. Verwendung zu Zahlungen aller Art gestattet; einige Ausnahmen vorgesehen, insbesondere hinsichtlich des Interzonenhandels
53	21. Mai	Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis für die Zeit vom 1. April 1959 bis 31. März 1960 auf 2 Pf je kg herabgesetzt. (Richtlinien 1959 des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 21. Mai 1959)
54	25. Mai	Dieselloststoffpreis von führender Ölgesellschaft um 1,5 Pf je Liter gesenkt
55	31. Mai	Inkrafttreten des Gesetzes zu der Vereinbarung zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien über eine Devisenhilfe an Großbritannien. Vom 19. Mai 1959. Vereinbarung bereits am 29. Mai 1958 veröffentlicht
Juni		
56	1. Juni	Wirksamwerden von Vorschriften der Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Kapitalertragsteuer-Durchführungsverordnung. Vom 13. Mai 1959. Bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Ziff. 1 EStG (Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Anteilen an G.m.b.H.), ferner bei Zinsen aus Wandelanleihen Steuer nicht mehr in Form des Abzugs vom Kapitalertrag zu erheben, wenn Gläubiger unbeschränkt steuerpflichtig und Bescheinigung des Finanzamtes vorliegt, daß Steuerabzug vom Kapitalertrag nicht vorzunehmen ist
57	Anfang Juni	Durch Ablösung von Verträgen über Einfuhr amerikanischer Kohle (hauptsächlich durch den Ruhrbergbau und den Zechenhandel) Einfuhrlizenzen über bisher insgesamt rd. 20 Mill. t aus dem Markt gezogen
58	3. Juni	Britische Kronkolonie Singapur zum autonomen Staat im Commonwealth erklärt
59	9. Juni	Zusammenschluß der 7 autonomen Republiken Senegal, Sudanesisch Republik, Mauretanien, Niger, Ober-Volta, Elfenbeinküste, Dahome zu einer Zollunion innerhalb der Französischen Gemeinschaft. Zollunion der 4 äquatorial-afrikanischen autonomen Republiken Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Gabun bereits am 17. Januar 1959 gebildet; provisorisches Inkrafttreten: 1. Juli 1959

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Juni		
60	16. Juni	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Gesetz über die Tilgung von Ausgleichsforderungen. Unvereinbar mit Art. 120 GG und daher für nichtig erklärt
61	19. Juni	Durch Beschluß des Rates der OEEC Termin für Liberalisierung von mindestens 90 vH der privaten Einfuhren der Mitgliedländer bis 30. Juni 1960 verlängert
Juli		
62	1. Juli	Inkrafttreten von Liberalisierungsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere landwirtschaftliche sowie einige industrielle Erzeugnisse betreffend, gemäß Beschluß der XIV. Vollversammlung des GATT am 30. Mai 1959; außerdem de-facto-Liberalisierung einiger Marktordnungswaren bekanntgegeben. Weitere Liberalisierung zum 1. Januar 1960 sowie spätestens zum 31. Dezember 1960 angekündigt. (Bekanntmachung des Bundesministers für Wirtschaft vom 3. Juli 1959; Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 39/59 vom 23. Juni 1959)
63		Inkrafttreten des Getreidepreisgesetzes 1959/60 vom 26. Juni 1959. U.a. Wegfall der Roggenlieferprämie
64		Für von Juli an auf Halde genommene Kohle keine Finanzierung mehr durch Hohe Behörde der Montan-Union
65	6. Juli	Wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet. Durch gemeinsamen Beschluß der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs Ende der Übergangszeit auf den 5. Juli 1959, 24 Uhr festgesetzt. Zollgrenze an französisch-saarländische Grenze verlegt. Inkrafttreten des im gesamten übrigen Bundesgebiet geltenden Bundesrechts im Saarland, soweit nichts anderes bestimmt. Spezialgesetze auf folgenden Gebieten: Finanzen, Geldwesen, Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung, Beamtenrecht, Außenhandel. Einführung der Deutschen Mark als Währung im Saarland durch Verordnung vom 29. Juni 1959; Umtauschverhältnis 100 ffrs = 0,8507 DM. Zwei Wochen nach Rückgliederungstermin Fälligwerden einer Zahlung von 68 Mrd. ffrs seitens der Bundesrepublik Deutschland an Frankreich gemäß Vertrag zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956
66	8. Juli	Inkrafttreten der Verordnung über die zollfreie Einfuhr von Kontingentswaren aus Frankreich in das Saarland vom 3. Juli 1959. Warenlisten veröffentlicht. 84 Warenpositionen (Ernährungsgüter, Nahrungsmittelrohstoffe, Textilien, Lederwaren, mit Finanzzöllen belastete Erzeugnisse, den Einfuhr- und Vorratsstellen anzubietende Waren) dem Zollsicherungsverkehr unterworfen, d.h. Gewährung der Zollfreiheit nur, falls Waren im Saarland verbraucht, mindestens 1 Jahr gebraucht, verarbeitet oder wirtschaftlich gerechtfertigt bearbeitet werden
67	15. Juli	In Frankreich neuer Franc eingeführt: 100 alte Francs = 1 neuer Franc
68		Beginn des Stahlarbeiterstreiks in den USA
69	18. Juli	Abwertung der spanischen Peseta um 30 vH; neue Parität: 1 US-Dollar = 60 Peseten. Am 21. Juli von spanischer Regierung Stabilisierungsprogramm bekanntgegeben; äußere Konvertibilität der Peseta hergestellt, jedoch mit noch zu bestimmenden Einschränkungen; Liberalisierung von rd. 50 vH der privaten Einfuhren bis spätestens Ende Juli 1959; Stützungskredite des Internationalen Währungsfonds, der OEEC, der USA-Regierung und amerikanischer Banken
70	20. Juli	Spanien als 18. Mitglied in die OEEC aufgenommen
71	21. Juli	Grundsätzliche Einigung der „Äußerer Sieben“: Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Portugal, Österreich, Schweiz über die Bildung einer „Kleinen Freihandelszone“-European Free Trade Association (EFTA). Im Vertragsentwurf (Ergebnis der Konferenz der genannten Länder vom 1. bis 14. Juni 1959, veröffentlicht am 27. Juli 1959) stufenweiser Abbau der Binnenzölle und der Einfuhrkontingente für Industrieerzeugnisse im Handel unter den Mitgliedländern bis zum 1. Januar 1970, erste Zollsenkung (20 vH) zum 1. Juli 1960 vorgesehen
72	27. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 8. August)
73	29. Juli	Bekanntmachung der Neufassung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung vom 22. Juli 1959. Enthält Änderungen auf Grund des Steueränderungsgesetzes 1958 auf dem Gebiet des Lohnsteuerrechts, u.a. Neuregelung der Steuerklasseneinteilung (Einführung der Steuerklasse IV, Wegfall des Zusatzvermerks „Z“), Heraufsetzung der Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben sowie der Höchstgrenzen für die beschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben, Vervollständigung des Katalogs der steuerfreien Einnahmen usw.
August		
74	1. August	Durch Beschluß des Zentralbankrates Mindestreserveanforderungen revidiert; u.a. Spareinlagen in die Abgrenzung der Reserveklassen einbezogen, Reservesätze für kleinere Institute sowie für Sichtverbindlichkeiten an Nebenplätzen gesenkt, Zahl der Reserveklassen verringert. (Inkrafttreten der Mitteilung Nr. 2008/59 der Deutschen Bundesbank vom 14. Juli 1959)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
August		
75	2. August	Inkrafttreten des Elften Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Vom 29. Juli 1959. Soziale Leistungen verbessert; u.a. ab 1. Juni 1959 Unterhaltshilfe für Alleinstehende von 120 DM auf 140 DM, Zuschläge für Ehegatten von 60 DM auf 70 DM, für Kinder von 42 DM auf 47 DM erhöht; Kreis der Unterhaltsberechtigten erweitert; Wiederaufleben eines Teiles der Hauptentschädigung für Bezieher von Unterhaltshilfe
76	11. August	Sperre der Haushaltsausgaben des Bundes für das Rechnungsjahr 1959 um weitere 3 vH auf 9 vH erhöht
77	13. August	Kohle-Öl-Kartell durch Kündigung der Ölgesellschaften beendet
78	20. August	Veröffentlichung der Verwaltungsanordnung über die Änderung und Ergänzung der Gewerbesteuer-Richtlinien 1955 (GewStER 1958). Vom 17. August 1959. U.a. Gewerbeertrag eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres für dasjenige Kalenderjahr zu versteuern, in dem das Wirtschaftsjahr endet (nicht mehr auf zwei Kalenderjahre aufzuteilen)
79	28. August	Zustimmung der Bundesregierung zur Erhöhung a) des deutschen Kapitalanteils an der Weltbank von 330 auf 1 050 Mill. US-Dollar (in bar zu entrichten 39 Mill. US-Dollar), b) der deutschen Mitgliedsquote beim Internationalen Währungsfonds von 330 auf 787,5 Mill. US-Dollar (25 vH bar in Gold, 75 vH in Schuldscheinen, erst bei Bedarf in DM einzulösen). Gesetz vom 13. August 1959 über entprechende Kreditermächtigungen für den Bundesminister der Finanzen am 22. August 1959 in Kraft getreten
80	August	Durchführungsbestimmungen zur Änderung steuerlicher Vorschriften auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Ertrag (Gesetz vom 18. Juli 1958; Änderungen u.a. bei der Ehegattenbesteuerung, den Kinderfreibeträgen, den Abschreibungsmöglichkeiten, Sonderausgaben, Sondervergünstigungen): Verwaltungsanordnungen über Änderung und Ergänzung a) der Einkommensteuer-Richtlinien für das Kalenderjahr 1955 in der Fassung der Einkommensteuer-Ergänzungsrichtlinien für die Kalenderjahre 1956 und 1957 (EStER 1958). Vom 31. Juli 1959, b) der Lohnsteuer-Richtlinien 1957 (Lohnsteuer-Ergänzungsrichtlinien 1959 - LStER 1959 -). Vom 5. August 1959, c) der Körperschaftsteuer-Richtlinien für das Kalenderjahr 1955 (KStER 1958). Vom 17. August 1959; Neufassungen der Einkommensteuer-Richtlinien vom 1. August 1959, der Lohnsteuer-Richtlinien vom 14. August 1959, der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung (KStDV 1958) vom 5. August 1959 unter Berücksichtigung der Änderungsverordnung vom 5. August 1959
September		
81	1. September	Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne für gewerbliche Arbeitnehmer in der chemischen Industrie des Bundesgebietes (ohne Berlin und Saarland) um durchschnittlich 6,9 vH
82	4. September	Deutsche Bundesbank erhöht Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 2 3/4 % auf 3 %, Lombardsatz von 3 3/4 % auf 4 %
83	17. September	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vereinbart, 1 776 000 US-Dollar Nachkriegshilfe vorzeitig (bis 17. Oktober 1959) zurückzuzahlen
84	30. September	Steuerrechtliche Anerkennung von Organverhältnissen; Richtlinien für Ermittlung des Gewerbeertrages im Fall der Organschaft sowie bei vom Kalenderjahr abweichendem Wirtschaftsjahr; Gewerbesteuerfreiheit für kleinere Versicherungsvereine a.G. (Wichtigste Änderungen gegenüber GewStR 1955 auf Grund der Gewerbesteuer-Ergänzungs-Richtlinien vom 17. August 1959 lt. Bekanntmachung der Gewerbesteuer-Richtlinien 1958 (GewStR 1958) vom 22. September 1959)
Oktober		
85	1. Oktober	Arbeitszeitverkürzung auf 41 1/4 Wochenstunden für über Tage beschäftigte gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte im rheinisch-westfälischen und Aachener Steinkohlenbergbau; auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte des Baugewerbes und Dachdeckerhandwerks im gesamten Bundesgebiet; für gewerbliche Arbeitnehmer in der Textilindustrie in Hessen und Nordbayern (in Südbayern ab 1. November 1959), ferner, auch für Angestellte, in den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg, Osnabrück und in Baden-Württemberg

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Oktober		
86	1. Oktober	Gründung der „Internationalen Entwicklungsgesellschaft“ (IDA) als Tochtergesellschaft der Weltbank mit zunächst 1 Mrd. US-Dollar Kapital durch Jahresversammlung der Weltbank in Washington beschlossen. Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland entsprechend ihrer Einlage bei der Weltbank zugesagt
87		Unterzeichnung eines Abkommens über die Bildung einer südamerikanischen Freihandelszone (Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Peru). Stufenweise Beseitigung der Zölle und anderer Handelsbeschränkungen binnen 12 Jahren vorgesehen
88	11. Oktober	Landtagswahl in Bremen
89	14. Oktober	Zustimmung des Bundestages zur Aufhebung des Einfuhrzolls für Kartoffeln (Zollsatz 18%) für die Zeit vom 12. Oktober 1959 bis 31. März 1960, zunächst in Form zinsloser Stundung des Zolles und der Ausgleichsteuer. Rechtsgrundlage: Siebente Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1959 (Kartoffeln). Vom 20. November 1959
90	23. Oktober	Deutsche Bundesbank erhöht Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 3% auf 4%, Lombardsatz von 4% auf 5%
91	25. Oktober	Die Flughäfen Frankfurt/Main, Düsseldorf und Hamburg in den Langstrecken-Düsenflugzeugverkehr einbezogen
92	26. Oktober	Beschluß des Engeren Ausschusses des Bundesanleihekonsortiums, eine Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 300 Mill. DM in der Zeit vom 5. bis 11. November 1959 zur Zeichnung aufzulegen. Zinssatz 5½%, Emissionskurs 96½%, Laufzeit 12 Jahre
November		
93	1. November	Mindestreservesätze für Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber Devisenin- und -ausländern durch Beschluß des Zentralbankrates vom 22. Oktober 1959 um 10 vH erhöht
94	5. November	Im zollbefreiten französisch-saarländischen Warenverkehr Jahreswertgrenze für Einfuhren im vereinfachten Verfahren um 500 000 DM bzw. 60 Mill. ffrs erhöht. (Veröffentlichung des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 60/59 vom 29. Oktober 1959)
95	7. November	Der seit 15. Juli 1959 andauernde Stahlarbeiterstreik in den USA durch Entscheid des Obersten Gerichtshofes unterbrochen. Wiederbeginn der Arbeit am 9. November 1959
96	9. November	Übergangsregelung für die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Japan: Erhöhung der für Japan bedeutsamen deutschen Einfuhrkontingente für gewerbliche Güter aus dem früheren Dollar- und Beko-Mark-Raum für das 1. Halbjahr 1960 vereinbart (deutsch-japanische Konsultationen in Tokio vom 22. Juli bis 9. November 1959)
97	10. November	Inkrafttreten der bis 31. März 1960 befristeten Aussetzung des Butterzolls. (Neunte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1959. Vom 25. November 1959)
98	14. November	Neufassung der Vorschriften über die „Kleineinfuhr von Waren der gewerblichen Wirtschaft im Postverkehr“ (Jedermann-Einfuhr). Nicht zulässig Abschluß eines Vertrages über Kleineinfuhren in mehreren Sendungen, deren Gesamtwert 100 DM übersteigt. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 61/59 vom 12. November 1959)
99	20. November	Habenzinsen-Höchstsätze erhöht für Sichteinlagen um 1/8% und ¼% auf ½% und 1%, für Termineinlagen um ¾% auf 2¼% bis 4%
100		Plan der Bundesrepublik Deutschland, in den nächsten 3 Jahren die Einfuhrbeschränkungen stufenweise abzubauen, auf der XV. Tagung des GATT in Tokio (26. Oktober bis 20. November 1959) gebilligt
101		Paraphierung des Vertrages über die Gründung der European Free Trade Association (EFTA) in Stockholm. U.a. vorgesehen: Am 1. Januar 1960 Inkrafttreten des Vertrages, am 1. Juli 1960 Zollsenkung um 20 vH (jährlich weitere 10 vH), Erhöhung der Importquoten um 20 vH (jährlich weitere 20 vH). Interne Zollvergünstigung nur für „Zonenware“, d.h. falls Anteil zonenfremder Materialien nicht mehr als 50 vH beträgt oder falls innerhalb der Zone bestimmter Arbeitsprozeß vorgenommen (Ursprungsproblem)
102	23. November	Erhebung der Zusatzsteuer in der Textilwirtschaft auf Grund der §§ 59 bis 62 UStDB bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auszusetzen, die wegen der Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. März 1958 und des Bundesfinanzhofes vom 22. Oktober 1959 notwendig wurde. (Erlaß des Bundesfinanzministeriums vom 23. November 1959)
103	24. November	Vom Ministerrat der EWG beschlossen, die zweite 20%ige Erhöhung der Einfuhrkontingente zum 1. Januar 1960 sowie die zweite 10%ige Zollsenkung zum 1. Juli 1960 wiederum auch auf dritte Länder (OEEC-, GATT-Mitgliedstaaten und andere Länder, sofern Meistbegünstigungsklausel anzuwenden) auszudehnen. Ermächtigung der Mitgliedstaaten, für Agrarerzeugnisse Zölle zu senken
104	26. November	Maßnahmen der Bundesregierung zur Senkung überhöhter Lebensmittelpreise

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Dezember		
105	1. Dezember	Inkrafttreten des Gesetzes über Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft und weitere Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Zweites Änderungsgesetz zum AVAVG). Vom 7. Dezember 1959. Zweck: Beginn oder Fortführung von Bauvorhaben in der Schlechtwetterzeit (1. November bis 31. März), und zwar u.a. durch Zuschüsse an private Bauherren im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen oder des steuerbegünstigten Wohnungsbaus, Darlehen oder Zinszuschüsse an Bauunternehmer zur Beschaffung von Winterbaugeräten, Unterstützungen verschiedener Art für Bauarbeiter
106	10. Dezember	Inkrafttreten des Gesetzes über das Zollkontingent für feste Brennstoffe vom 3. Dezember 1959. Für 1959 und 1960 zollfreie Kontingente für Kohleneinfuhr aus anderen Ländern als denen der Montan-Union auf jährlich etwa 5,1 Mill. t Kohle festgesetzt. Zollarifliche Vorschriften mit Wirkung vom 1. März 1959 in Kraft getreten
107		Infolge der Kohlenabsatzkrise erstmals Stillegung von Ruhrzechen beschlossen
108	17. Dezember	Beschluß des Zentralbankrates, Mindestreservesätze ab 1. Januar 1960 um weitere 10 vH des Standes vom Oktober 1959 zu erhöhen; der seit Ende November 1959 zu verzeichnende Zuwachs an mindestreservepflichtigen Auslandsverbindlichkeiten ab 1. Januar 1960 mit den gesetzlich zulässigen Höchstsätzen belegt: Sichtverbindlichkeiten 30 vH, Termineinlagen 20 vH, Spareinlagen 10 vH
109	18. Dezember	Europäisches Kreditabkommen über 75 Mill. US-Dollar für Argentinien unterzeichnet; Anteil der Bundesrepublik Deutschland 16 Mill. US-Dollar
110	23. Dezember	Inkrafttreten von 11 Ausführungsverordnungen zum Lebensmittelgesetz mit verschärften Bestimmungen über erlaubte und verbotene Zusätze zu Lebensmitteln
111	29. Dezember	Ab 1. Januar 1960 Lieferung bestimmter Lebensmittel im Großhandel umsatzsteuerfrei. (Zehntes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Vom 29. Dezember 1959)
112	30. Dezember	Inkrafttreten des Gesetzes über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft vom 22. Dezember 1959. Ermächtigung der Bundesregierung und des Bundeswirtschaftsministers zu Lenkungsmaßnahmen im Falle einer ernsthaften Gefährdung der Bedarfsdeckung. Geltungsdauer des Gesetzes bis 30. Juni 1962 befristet
113	31. Dezember	Verkündung des Gesetzes zur Anpassung des Rechnungsjahres an das Kalenderjahr vom 29. Dezember 1959. Ab 1. Januar 1961 Rechnungsjahr gleich Kalenderjahr
114		Inkrafttreten des Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und über die Gewinn- und Verlustrechnung vom 23. Dezember 1959 („Kleine Aktienrechtsreform“). Erhöhung des Nennkapitals durch Umwandlung von Rücklagen in Nennkapital; Erwerb eigener Aktien durch die Gesellschaft
115	Dezember	Im Dezember keine Feierschichten im Ruhrkohlenbergbau. (Beginn der Feierschichten am 22. Februar 1958, Ende im Frühjahr 1960)

Wirtschaftskalender für das Jahr 1960
1. Zahl der Kalender-, Arbeits-, Sonn- und Feiertage 1960

Monat Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	Kalendertage	Arbeitstage			Sonn- und Feiertage 1)3)
		insgesamt ¹⁾	darunter		
			Lohnzahlungs- tage	Sonnabende 2)	
Januar	31	25 (24)	4	5	6 (7)
Februar	29	25	4	4	4
März	31	27	4	4	4
1. Vierteljahr	91	77 (76)	12	13	14 (15)
April	30	24	5	5	6
Mai	31	25	4	4	6
Juni	30	24 (23)	4	4	6 (7)
2. Vierteljahr	91	73 (72)	13	13	18 (19)
Juli	31	26	5	5	5
August	31	27 (26)	4	4	4 (5)
September	30	26	5	4	4
3. Vierteljahr	92	79 (78)	14	13	13 (14)
Oktober	31	26	4	5	5
November	30	25 (24)	4	4	5 (6)
Dezember	31	26	5	5	5
4. Vierteljahr	92	77 (76)	13	14	15 (16)
Kalenderjahr 1960	366	306	52	53	60
(Hessen)		(305)			(61)
(Bayern)		(305/303)			(61/63)
(Nordrhein- Westfalen, Rhein- land- Pfalz)		(304)			(62)
(Baden- Württemberg, Saarland)		(303)			(63)
1. Halbjahr	182	150	25	26	32
(Nordrhein- Westfalen, Hessen, Rheinland- Pfalz, Saarland) .		(149)			(33)
(Bayern)		(149/148)			(33/34)
(Baden- Württemberg)		(148)			(34)
2. Halbjahr	184	156	27	27	28
(Bayern)		(156/155)			(28/29)
(Nordrhein- Westfalen, Rhein- land- Pfalz, Baden- Württem- berg)		(155)			(29)
(Saarland)		(154)			(30)

1) Eingeklammerte Zahlen für die Länder, in denen außer den bundeseinheitlich geregelten noch folgende gesetzliche Feiertage auf Wochentage fielen:

6. Januar (Hl. drei Könige): in Baden-Württemberg und Bayern,

16. Juni (Fronleichnam): in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern,

15. August (Mariä Himmelfahrt): im Saarland, gebietsweise in Bayern,

1. November (Allerheiligen): in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, im Saarland, gebietsweise in Bayern
(in den betreffenden bayerischen Gemeinden Bußtag kein gesetzlicher Feiertag).

2) Sonnabende zu den Arbeitstagen gerechnet, obwohl infolge der 5-Tage-Woche am Wochenende vielfach nicht gearbeitet wird.

3) Ohne Berücksichtigung der Sonn- und Feiertage in kontinuierlich arbeitenden Betrieben.

2. Klimadaten und vorherrschende Witterung 1960

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in° C vom langjährigen Mittel	Niederschlagsmenge	Sonnenscheindauer	Vorherrschende Witterung
		in vH der langjährigen Durchschnitte		
Januar	+ 0,3 bis + 1	100 bis 150 ¹⁾	40 bis 85 ²⁾	Häufig trüb, niederschlagsreich, hochwinterliche Frostperiode vom 8. bis 17.
Februar . . .	− 0,5 bis + 1,5	60 bis 190 ³⁾	70 bis 120	Vielfach trüb, in Teilen des Bundesgebietes niederschlagsreich, in der ersten Monatshälfte starke Nachtfröste
März	+ 1 bis + 2	10 bis 60	60 bis 110	Mild und trocken
April	+ 0,5 bis + 1,5	40 bis 110	80 bis 105	Wechselhaft, recht kühl oder sehr warm, häufig Niederschläge geringerer Ergiebigkeit
Mai	+ 0,5 bis + 1,5	70 bis 250 ⁴⁾	80 bis 120	Warm und meist überdurchschnittlich naß
Juni	+ 0,5 bis + 2	45 bis 115 ⁵⁾	95 bis 126	Wärmer als normal bei häufig starken Gegensätzen zwischen Tages- und Nachttemperaturen, in Teilen des Bundesgebietes niederschlagsarm
Juli	− 2 bis − 1,5	100 bis 175 ⁶⁾	60 bis 90	Vorherrschend kühl und unbeständig, im größten Teil des Bundesgebietes niederschlagsreich
August . . .	− 0,8 bis + 0,5	115 bis 270 ⁷⁾	50 bis 90	Ungewöhnlich niederschlagsreich und fast durchweg zu kühl
September . .	− 1,8 bis 0 ⁸⁾	50 bis 110 ⁹⁾	80 bis 115	Oft stark unterschiedliche Tages- und Nachttemperaturen, häufige, überwiegend geringe Niederschläge
Oktober . .	+ 0,5 bis + 2	115 bis 240 ¹⁰⁾	40 bis 65	Im ganzen wärmer als normal, sehr niederschlagsreich
November . .	+ 1,5 bis + 3	100 bis 220	75 bis 140	Überdurchschnittlich warm, zu naß
Dezember . .	+ 0,2 bis + 1	120 bis 170 ¹¹⁾	30 bis 100 ¹²⁾	Trüb, im größten Teil des Bundesgebietes niederschlagsreich

- 1) Süddeutschland 80 vH bis 120 vH.
2) Süddeutschland 70 vH bis 120 vH.
3) Nord- und Westdeutschland 40 vH bis 100 vH.
4) Baden-Württemberg 45 vH bis 90 vH.
5) Niedersachsen 35 vH bis 100 vH, Baden-Württemberg und Bayern 30 vH bis 70 vH, Alpen und Alpenvorland 230 vH bis 325 vH.
6) Baden-Württemberg und Bayern 50 vH bis 70 vH, Alpen bis 250 vH.
7) Bayern 85 vH bis 160 vH.
8) Schleswig-Holstein bis + 0,8 °C.
9) Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 90 vH bis 160 vH, Baden-Württemberg und Bayern 20 vH bis 60 vH.
10) Bayern 200 vH bis 300 vH.
11) Süddeutschland 30 vH bis 100 vH.
12) Norddeutschland 30 vH bis 60 vH, West- und Süddeutschland 60 vH bis 100 vH und darüber.

3. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im Jahre 1960

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Januar
1	1. Januar	Arbeitszeitverkürzung auf 42 ½ Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in Brauereien in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, (ab 1. Februar 1960 in Hessen und Rheinland-Pfalz, ab 15. September 1960 nur für gewerbliche Arbeitnehmer in Berlin (West)); auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer in der Holzverarbeitenden Industrie in Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, (ab 1. März 1960 in Rheinland-Pfalz, ab 1. April 1960 in Baden-Württemberg – in Nordbaden ab 1. Mai 1960 –, ab 1. Juni 1960 im Saarland; in Hamburg bereits ab 1. September 1959)
2		Zweite Erhöhung der Einfuhrkontingente für gewerbliche Erzeugnisse innerhalb der EWG. Globalkontingente um weitere 20 vH ihres Gesamtwertes erhöht, im einzelnen auf mindestens 4 vH der nationalen Erzeugung; diese Erhöhung wie zum 1. Januar 1959 auf Drittländer ausgedehnt
3		Weitere Liberalisierung der Einfuhr, vor allem aus dem Dollarraum, für eine Reihe von Waren des gewerblichen und agrarischen Sektors gemäß Zusage auf der XIV. Tagung des GATT im Mai 1959. (Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 68/59 vom 11. Dezember 1959)
4		Anpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten: Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1959 Erhöhung der seit 1958 oder früher laufenden Renten um 5,94 vH mit Wirkung vom 1. Januar 1960. (Zweites Rentenanpassungsgesetz vom 21. Dezember 1959). Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1958: 5 330 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 5 386 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1960 eintretende Versicherungsfälle 5 072 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 5 126 DM). (Inkrafttreten der Dritten Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 30. November 1959). Erweiterung der Beitragsklassen um Beitragsklasse XVIII bzw. K für monatliches Bruttoarbeitsentgelt über 825 DM; Monatsbeitrag 119 DM. (Inkrafttreten der Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 2. Dezember 1959). Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1960 10 200 DM für Jahres-, 850 DM für Monatsbezüge. (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 2. Dezember 1959)
5		Höchstzinssätze für Spareinlagen um ½ % erhöht auf 3 ½ % (gesetzliche Kündigungsfrist), auf 3 ¼ % und 4 ½ % (vereinbarte Kündigungsfristen)
6		Gesetz über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer vom 30. Dezember 1959 in Kraft getreten. U.a. Erwerb der neuen Anteilsrechte nicht den Steuern vom Einkommen und Ertrag unterliegend; bei Überlassung eigener Aktien an Arbeitnehmer zu einem Vorzugskurs Einkommen- (Lohn-)steuerbefreiung für den dem Arbeitnehmer gewährten Vorteil unter bestimmten Voraussetzungen
7		Das Saarland in den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern einbezogen. Für Rechnungsjahr 1960 dem Saarland weitere rd. 200 Mill. DM Finanzhilfe des Bundes gewährt
8		Änderung der Ruhrkohlenpreise, z.T. im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Bergarbeiterwohnungsbaubauabgabe, die ab 1. Januar 1960 in die Preise einbezogen wurde; neben Preisermäßigungen bei einigen Kohlen- und Kokssorten für andere Sorten auch Erhöhungen der Listenpreise
9		Einführung des „Nouveau Franc“ in Frankreich. 1 NF = 100 ffrs
10		Proklamation des bisher französisch verwalteten UN-Treuhandgebietes Kamerun als unabhängige Republik Kamerun
11	Anfang Januar	Preise für leichtes Heizöl von mehreren Mineralölgesellschaften um 50 Pf je 100 Liter (etwa 6 DM je t) erhöht
12	4. Januar	Beschluß des Engeren Ausschusses des Bundesanleihekonsortiums, eine Anleihe der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 500 Mill. DM in der Zeit vom 14. bis 20. Januar zur Zeichnung aufzulegen. Zinssatz 6 %, Emissionskurs 98 %, Laufzeit längstens 15 Jahre
13		Konvention über die „Kleine Freihandelszone“ (EFTA) von Schweden als letztem der sieben Partner unterzeichnet
14	7. Januar	Volle Freigabe der Hausratentschädigung vom Bundesausgleichsamt bekanntgegeben
15	12./13. Januar	Auf Wirtschaftskonferenz in Paris von 13 OEEC-Mitgliedern (11 europäische Staaten, USA und Kanada) nachstehende drei Resolutionen gefaßt; am 14. Januar von einer Konferenz der 18 OEEC-Mitgliedstaaten und der assoziierten Mitglieder USA und Kanada gebilligt: 1. Entschliebung über die Untersuchung der Reorganisation der OEEC; Aufnahme der Arbeit durch den auf der Konferenz eingesetzten Viererausschuß unter Vorsitz der USA am 28. Januar 1960. 2. Entschliebung über Entwicklungshilfe. 3. Entschliebung über Beziehungen zwischen EWG und EFTA
16	Mitte Januar	Tankstellenpreise für Benzin von den maßgebenden Mineralölgesellschaften, insbesondere infolge der Konkurrenz der freien Tankstellen, um 2 bis 4 Pf je Liter gesenkt, unterschiedliche Zonenpreise abgeschafft

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
Januar		
17	20. Januar	Weiteres Darlehen der Deutschen Bundesbank von 200 Mill. DM an die Weltbank
18	21. Januar	Gründung der „Aktionsgemeinschaft Ruhrbergbau“ zum Abschluß von Verträgen über Stilllegung von Schachtanlagen, Kokereien und anderen bergbaulichen Betrieben und zur Übertragung von Beschäftigungsansprüchen im Rahmen des gemeinschaftlichen Ruhrkohlenverkaufs
19	25. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 6. Februar)
Februar		
20	1. Februar	Ausfuhrbeschränkungen gegenüber Staaten des Ostblocks gelockert, insbesondere für Erzeugnisse der Elektrotechnik
21	7. Februar	Hilfs- und Darlehensabkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und dem Sudan abgeschlossen, u.a. das Projekt eines Staudammes mit einem Kostenaufwand von 240 Mill. DM betreffend
22	10. Februar	Erster Beschluß des Bundeskabinetts zur Konjunkturdämpfung: Bei öffentlichen Aufträgen grundsätzlich keine Zuschlagserteilung, wenn höhere Preise als im Vorjahr gefordert; ferner Prüfung aller Möglichkeiten zur Ausnutzung der bauschwachen Monate
23	13. Februar	Entwurf des Gemeinsamen Außenzolltarifs vom Ministerrat der EWG genehmigt. Offen noch einzelne Sätze der Liste G und die Finanzzölle. Am 1. Januar 1962 gemäß dem derzeit noch gültigen Zeitplan für die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes a) Anwendung des Gemeinsamen Außentarifs in vollem Umfang für Zollpositionen, bei denen die am 1. Januar 1957 angewandten nationalen Sätze um höchstens 15 vH von den Sätzen des Gemeinsamen Außentarifs abweichen; b) bei den übrigen Zollpositionen erstmals Verringerung des Abstandes zwischen den Sätzen der nationalen, am 1. Januar 1957 gültigen Tarife und des Gemeinsamen Tarifs um 30 vH. Beachtliche Erhöhung der Zollbelastung für die deutsche Einfuhr gewerblicher Güter zu erwarten, z.Z. — ohne Finanzzölle — auf 3,4 vH des Einfuhrwertes geschätzt
24	Mitte Februar	Erhöhung der Ärztehonorare um 15 vH zwischen Ersatzkassen und Kassenärztlicher Bundesvereinigung vereinbart. Inkrafttreten teils am 1. April 1960, teils am 1. Januar 1961
25	18. Februar	Mindestreservesätze der Kreditinstitute durch Beschluß des Zentralbankrates mit Wirkung vom 1. März 1960 um weitere 20 vH des Standes vom Oktober 1959 erhöht. Außerdem Rediskontkontingente mit Wirkung vom 1. März 1960 gekürzt: bis zu 5 Mill. DM um 10 vH, für 5 Mill. DM übersteigenden Betrag um 30 vH
26		Tankstellenpreise für Benzin von den Ölkonzernen abermals (um 1 Pf) herabgesetzt
27		Vertrag über Bildung einer Freihandelszone zwischen Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Peru und Mexiko unterzeichnet
28	Februar	Hauptsächlich infolge Verringerung der Belegschaft nur noch 7 000 Feierschichten im Steinkohlenbergbau (im Februar des Vorjahres 200 000)
März		
29	2. März	Zollsätze der restlichen Positionen der Liste G (umfaßt 70 von insgesamt 1 096 Positionen des Gemeinsamen Außenzolltarifs) auf Konferenz der EWG-Wirtschaftsminister in Rom festgelegt. Einzelnen Mitgliedsländern bei verschiedenen Waren Zollfreikontingente zugestanden
30	3. März	Verkündung des Fremdreten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes vom 25. Februar 1960. Inkrafttreten mit Wirkung vom 1. Januar 1959. Vertriebene und Flüchtlinge mit ihren Ansprüchen an die gesetzlichen Sozial- und Unfallversicherungen den Einheimischen gleichgestellt
31	8. März	Vorschläge der USA-Regierung an die Vierergruppe zur Reorganisation der OEEC: Hauptaufgabe der künftig nicht mehr auf Europa beschränkten Institution Koordinierung der wirtschaftlichen Beziehungen Nordamerikas und der prosperierend gewordenen Länder Europas mit dem Rest der nichtkommunistischen Welt, insbesondere den unterentwickelten Gebieten
32	11. März	Zustimmung des Bundestages zu dem von der Bundesregierung vorgelegten „Grünen Plan 1960“. Verstärkte Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie für finanzielle Maßnahmen. Im einzelnen veranschlagt für 1. Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse 662,5 Mill.DM*) 2. rationellere Gestaltung der Erzeugung 260 " " 3. Förderung von Qualität und Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse 436 " " 4. Kreditverbilligung und finanzielle Maßnahmen 112,5 " " *) darunter 130 Mill. DM Kredite 1 471 Mill.DM
33	16. März	Neue Tarife im öffentlichen Dienst vereinbart. Ab 1. Januar 1960 höhere Angestelltenbezüge und Arbeiterlöhne; für Angestellte des Bundes zunächst nur Übergangsregelung

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
März		
34	20. März	Neue Interzonenverbindung durch Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie Lübeck – Herrnburg
35	23. März	Alle in der Bundesrepublik Deutschland approbierten Ärzte zur kassenärztlichen Praxis berechtigt, bisher gehandhabter Zulassungszwang hinfällig. (Laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts § 368 a der Reichsversicherungsordnung als verfassungswidrig erklärt)
36	29./30. März	Vom „21er-Ausschuß“ (am 12./13. Januar 1960 gebildetes Komitee: 18 OEEC-Mitglieder, USA, Kanada, EWG-Kommission) in seiner ersten Sitzung Verfahren zur Untersuchung der Auswirkungen der am 1. Juli 1960 in Kraft tretenden Maßnahmen der EWG und der EFTA festgelegt (insbesondere durch Sammlung und Auswertung statistischen Materials)
37	31. März	Auslaufen der befristeten Zollvergünstigungen bei der Einfuhr von Butter, Spätkartoffeln, Gemüsekonserven, Trocken- und Gefriergemüse
April		
38	1. April	Arbeitszeitverkürzung für gewerbliche Arbeitnehmer auf 43 Wochenstunden in der Bekleidungsindustrie im Bundesgebiet (ohne Niedersachsen, Bremen, Saarland und Berlin); auf 44 Wochenstunden in der Industriedererzeugnisse- und Schuhindustrie im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
39		Inkrafttreten des Straßenbaufinanzierungsgesetzes vom 28. März 1960. I. Finanzierung des Ausbaues der Bundesfernstraßen, u.a. durch Zweckbindung des auf den Kraftverkehr entfallenden Teiles des Aufkommens an Mineralölsteuer bis auf 600 Mill. DM; II. Änderung von Vorschriften über Mineralölsteuer, u.a. Erhöhung der Steuer für Benzin um 2,75 DM, für Dieselöl um 4,70 DM je 100 kg; III. Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für Lastkraftwagen
40		Tankstellenpreise für Benzin um 2 Pf auf 60 Pf je Liter, für Dieselöl um 4 Pf je nach Zone auf 54 bis 56,5 Pf je Liter erhöht
41	8. April	Zwischen Bundesrepublik Deutschland und Chile Wirtschaftshilfe für Chile vereinbart; Gesamt-rahmen 350 Mill. DM
42		Deutsch-niederländischer Ausgleichsvertrag unterzeichnet. U.a. Rückgabe von seit 1949 unter niederländischer Auftragsverwaltung stehenden Grenzgebieten an Deutschland vorgesehen (etwa 68 qkm, rd. 7 700 Einwohner, nicht zurückgegeben 4,5 qkm)
43	12. April	Abkommen zwischen Frankreich und Madagaskar sowie der Mali-Föderation, bestehend aus den autonomen Staaten Republik Senegal und Sudanesisch Republik, über die Unabhängigkeit der beiden Länder veröffentlicht. Statt verfassungsmäßiger nunmehr vertragmäßige Beteiligung an der Communauté
44	14. April	Landwirtschaft der SBZ vollständig kollektiviert
45	20. April	Veröffentlichung der Vorschläge des Viererausschusses (von der Pariser Wirtschaftskonferenz am 12./13. Januar 1960 zwecks Reform der OEEC eingesetzt). Im Satzungsentwurf vorgesehen: Umbenennung in „Organisation for Economic Cooperation and Development“ (OECD), Vollmitgliedschaft der USA und Kanadas, Hauptaufgabe Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Hilfe an Entwicklungsländer, Einschränkung des Einflusses der Organisation im Bereich der Handelspolitik und Überprüfung sämtlicher von der OEEC getroffenen Entscheidungen
46	22. April	Abschluß eines langfristigen Abkommens im Rahmen des EWG-Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden über Lieferung von Agrargütern in der Zeit vom 1. Januar 1960 bis 31. Dezember 1962
47	26. April	Neuer Vergütungsstarifvertrag für Bundesangestellte, gültig ab 1. Juni 1960, abgeschlossen. Tarifgleichheit zwischen den Angestellten von Bund, Ländern und Gemeinden wiederhergestellt
48	27. April	Unabhängigkeit des bisher von Frankreich verwalteten östlichen Togo proklamiert
Mai		
49	1. Mai	Voller Lohnausgleich im Ruhrbergbau für die Arbeitszeitverkürzung anlässlich der vor einem Jahr eingeführten 5-Tage-Woche; ursprünglich in Stufen zum 1. Mai 1960 und 1. Mai 1961 vorgesehen
50		Bundesecklohn im Baugewerbe um 5,6 vH erhöht
51		Heizölsteuer, befristet bis 30. April 1963, für leichtes Heizöl 10 DM je t, für schweres Heizöl 25 DM je t, eingeführt. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes. Vom 26. April 1960)
52	3. Mai	Stockholmer Konvention zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) mit Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der sieben beteiligten Staaten in Kraft getreten

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Mai
53	5. Mai	Beschluß des Zentralbankrates, mit Wirkung vom 1. Juni 1960 die Mindestreservesätze für Sicht- und Termineinlagen um 15 vH, für Spareinlagen um 10 vH ihres Standes vom Oktober 1959 zu erhöhen
54		Zahlung der Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich bis 50 000 DM an 75 Jahre alte Berechtigte freigegeben
55	11. Mai	Verordnung über Schaffung des Europäischen Sozialfonds durch Beschluß des Ministerrates der EWG in Kraft gesetzt.
		Rückwirkend vom 1. Januar 1958 50 vH Ersatz sozialer Aufwendungen an die Mitgliedstaaten für Berufsumschulung und Umsiedlung arbeitsloser Kräfte und für Beibehaltung des gleichen Lohnstandes der von Umstellungen betroffenen Arbeitnehmer. In den Haushaltsplänen der EWG für 1959 und 1960 Mittel bereitgestellt, Anteil der Bundesrepublik Deutschland 27 Mill. DM
56	12. Mai	Vorläufiger Beschluß des Ministerrates der EWG zur Beschleunigung des EWG-Vertrages.
		A. Binnenverkehr
		1. Zollsenkungen
		Am 1. Juli 1960 planmäßige zweite Zollsenkung um 10 vH für alle Waren, bis 31. Dezember 1960 weitere Zollsenkung um 10 vH für gewerbliche Erzeugnisse, dagegen nur um 5 vH auf dem kontingentierten landwirtschaftlichen Sektor, auf dem liberalisierten landwirtschaftlichen Sektor keine Beschleunigung; am 1. Januar 1962 Zollsenkung um 10 vH (dritte planmäßige) oder um 20 vH entsprechend der bis zum 30. Juni 1961 zu treffenden Entscheidung des Ministerrates.
		2. Einfuhrliberalisierung
		1. Januar 1962 Fortfall aller mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für gewerbliche Erzeugnisse, ab 1961 Aufstockung der Globalkontingente im agraren Sektor jährlich um 20 vH gegenüber dem Vorjahr bis zum Ende der ersten Stufe.
		B. Außenverkehr
		1. Zollsenkungen
		Die für den Binnenverkehr beschlossenen nationalen Zollsenkungen bei Gegenseitigkeit gegenüber Drittländern anwendbar, für gewerbliche Erzeugnisse jedoch nur in den Grenzen des Gemeinsamen Außenzolltarifs.
		2. Gemeinsamer Außenzolltarif
		Bis 31. Dezember 1960 erste Angleichung der nationalen Zölle für gewerbliche Erzeugnisse an den Gemeinsamen Außentarif (ursprünglich für 31. Dezember 1961 vorgesehen), und zwar – soweit nicht auf Grund der 15-vH-Klausel der Gemeinsame Außentarif sofort anzuwenden ist – um 30 vH des Unterschieds zwischen dem Ausgangszollsatz am 1. Januar 1957 und dem im Februar 1960 festgelegten, provisorisch um 20 vH geminderten Gemeinsamen Außentarif; die zur Anwendung kommenden Zollsätze dürfen hierbei nicht auf einen niedrigeren Satz als den des Gemeinsamen Zolltarifs festgesetzt werden; die nach dem 1. Januar 1957 vorgenommenen konjunkturpolitischen Zollsenkungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Hälfte rückgängig zu machen. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor keine Angleichung der Außenzölle vorgesehen.
		3. Einfuhrliberalisierung im Rahmen der Verpflichtungen des GATT
57	13. Mai	Erhöhung der Exportförderungskredite bei Investitionsprojekten in Entwicklungsländern um 125 Mill. DM auf 175 Mill. DM vom Wirtschaftsausschuß des Bundestages beschlossen
58	14. Mai	Gesetz über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk-GmbH vom 9. Mai 1960 in Kraft getreten. Vertrag zwischen Bund und Land Niedersachsen vom 11./12. November 1959 genehmigt; Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, Errichtung der „Stiftung Volkswagenwerk“
59	15. Mai	Landtagswahl in Baden-Württemberg
60	25. Mai	Zusammenschluß der im Rahmen der Communauté autonomen drei Staaten; Zentralafrikanische Republik, Kongorepublik und Tschad zur Union der Zentralafrikanischen Republiken beschlossen. Der vierte autonome Staat des ehemaligen Französisch-Äquatorialafrika, Gabun, zur Aufrechthaltung der Zollunion mit der Union bereit
61	27. Mai	Deutsch-japanisches Konsultationsprotokoll über von der Bundesrepublik Deutschland durchzuführendes mehrjähriges Liberalisierungsprogramm für zahlreiche Niedrigpreiswaren unterzeichnet
62	Ende Mai	Militärregierung in der Türkei

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juni
63	1. Juni	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der chemischen Industrie im Bundesgebiet (nur für gewerbliche Arbeitnehmer in Bremen und Bayern ab 1. September 1960, in Hamburg bereits ab 1. September 1959)
64		Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamten um 7 vH erhöht. (Inkrafttreten des Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen vom 8. Juni 1960)
65		Leistungen der Kriegsoferversorgung erhöht. (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts (Erstes Neuordnungsgesetz). Vom 27. Juni 1960)
66	2. Juni	Beschlüsse des Zentralbankrates: Mit Wirkung vom 3. Juni 1960: Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 4 % auf 5 %, Lombardsatz " 5 % " 6 % erhöht. Mit sofortiger Wirkung: Keine Zinsen mehr für ausländische Sichteinlagen; Verzinsung ausländischer Termineinlagen nur bis zum Ablauf der vereinbarten Laufzeit bzw. bis zum nächstmöglichen Kündigungstermin; DM-Spareinlagen natürlicher Personen von diesem Verzinsungsverbot nicht betroffen. Nicht mehr gestattet: Abgabe von inländischen Geldmarktpapieren und Wechseln an Devisenausländer, Abschluß von Pensionsgeschäften mit inländischen Wertpapieren sowie andere Transaktionen, die einer Umgehung des Verzinsungsverbotes gleichkommen. Bankmäßige Besicherung von Auslandskrediten eingeschränkt. Mit Wirkung vom 1. Juli 1960: Anwendung der gesetzlich zulässigen Höchstsätze für Mindestreserven auf den Zuwachs an mindestreservepflichtigen Inlandsverbindlichkeiten gegenüber dem Durchschnittsstand der Monate März bis Mai. Kürzung der Rediskontkontingente bis zum Betrag von 5 Mill. DM um 15 vH (bisher 10 vH), für 5 Mill. DM übersteigende Beträge um 40 vH (bisher 30 vH). Bisher bei der Mindestreserveberechnung zugelassene Kompensation von Fremdwährungseinlagen mit der Summe der bei ausländischen Banken unterhaltenen Guthaben und Geldmarktanlagen im Ausland aufgehoben. Die seitens der Kundschaft bei Dritten im Ausland benutzten Kredite insoweit mit den Höchstsätzen mindestreservepflichtig, als sie über den Stand vom 31. Mai 1960 hinausgehen
67	3. bis 7. Juni 15. bis 20. Juni	Begrenzung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit von Kraftfahrzeugen außerhalb geschlossener Ortschaften in der Zeit vom 3. bis 7. Juni sowie vom 15. bis 20. Juni 1960. (Verordnung vom 21. Mai 1960)
68	4. Juni	Ende der XVI. GATT-Tagung (16. Mai bis 4. Juni 1960 in Genf). Wichtigste Ergebnisse: Errichtung eines ständigen Rates (Council) zwecks kontinuierlicher Bearbeitung wichtiger Fragen des internationalen Handels, Billigung des Berichtes der Bundesrepublik Deutschland über weitere Einfuhrliberalisierung gegenüber Japan, Indien und Pakistan (Niedrigpreiseinfuhren)
69	15. Juni	Vom Bundeskabinett Sanierungsprogramm für die Deutsche Bundesbahn beschlossen. U.a. Verzicht des Bundes auf Forderungen in Höhe von 2,2 Mrd. DM; jährliche Zuschüsse; Einführung einer beschränkten Tarifautonomie
70	20. Juni	Weltbank erhält von Deutscher Bundesbank Kredit von 55 Mill. US-Dollar; tritt an die Stelle fällig werdender früherer Kredite
71		Proklamation der Unabhängigkeit der Föderation von Mali; bleibt weiterhin Mitglied der Communauté
72	21. Juni	Veröffentlichung der auf den 31. Dezember 1959 festgesetzten Steuerkurswerte. Vom 18. Juni 1960. (Berichtigungen und Ergänzungen am 14. September 1960 bekanntgemacht). Im allgemeinen starke Erhöhungen gegenüber den Steuerkurswerten von Ende 1956
73	24. Juni	Vom Ministerrat der EWG beschlossen, direkte Beziehungen der unabhängig werdenden afrikanischen Länder zur EWG zuzulassen
74	26. Juni	Proklamation der Unabhängigkeit der Republik Madagaskar; bleibt weiterhin Mitglied der Communauté
75	28. Juni	Entscheidung der EWG-Kommission über Verzollung von Waren im Veredelungsverkehr. Zollbefreiung für aus dritten Ländern importierte und nach Veredelung an andere EWG-Länder verkaufte Waren entfällt spätestens am 1. Januar 1961; Zollsatz beträgt dann zunächst 25 % des betreffenden Satzes im Außenzolltarif
76	29. Juni	Verkündung des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960. Inkrafttreten teils sofort, teils 4 Monate, teils 1 Jahr nach Verkündung.

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juni
		Voraussetzungen für eine einheitliche Wohnungs- und Städtebaupolitik geschaffen, Baurecht an das Grundgesetz angepaßt und seine Zersplitterung beseitigt, Eigentumsbestimmungen im Sinne des Art. 14 GG festgelegt; Grundstücksmarkt in die soziale Marktwirtschaft unter Ausschaltung des Bodenwuchers überführt, Preisstop für unbebaute Grundstücke beseitigt, ab 1961 erhöhte Meßzahlen für unbebaute, baureife Grundstücke (Baulandsteuer), Einführung gemeindlicher Erschließungsbeiträge auch für unbebaute Grundstücke
77	30. Juni	Vorschläge der EWG-Kommission für eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik: Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes zum 30. Juni 1967; für Übergangszeit Annäherung der Preise für Agrarerzeugnisse zwischen den EWG-Ländern vorgesehen
78		Eingliederung der nationalen Marktorganisationen in gemeinsame Ämter, Abschöpfungssystem sowohl für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten als auch für die Einfuhr aus Drittländern vorgesehen Belgisch-Kongo zur unabhängigen Republik Kongo proklamiert. Unterzeichnung eines Freundschafts- und Beistandsabkommens zwischen Belgien und der Republik Kongo am 27. Juni 1960
		Juli
79	1. Juli	Lohn- und Gehaltserhöhungen in der metallverarbeitenden Industrie im Bundesgebiet (ohne Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Saarland) und in Berlin (West) um 8,5 vH, im Regierungsbezirk Osnabrück um rd. 14 vH, in Schleswig-Holstein ab 1. April 1960 um 8,8 vH, in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden ab 1. April 1960 um 8,5 vH, im Regierungsbezirk Württemberg-Hohenzollern ab 1. Mai 1960 um 8,5 vH, im Regierungsbezirk Südbaden ab 1. Juni um 8 vH, im Saarland ab 1. März 1960 um rd. 5 vH und ab 1. September 1960 um 8,5 vH
80		Inkrafttreten der zweiten planmäßigen Zollsenkung um 10 vH im Binnenverkehr der EWG. Wegen der früheren konjunkturpolitischen Zollsenkungen von Bundesrepublik Deutschland nur einige Textil- und Agrarzölle gesenkt; Mineralölzölle vorerst unverändert
81		Inkrafttreten des Zolltarifs 1960 (Verordnung vom 23. Mai 1960). Berücksichtigt 10 %ige Ermäßigung der Zollsätze gemäß EWG-Vertrag für Einfuhr aus den anderen Mitgliedsländern
82		Erste im EFTA-Vertrag vorgesehene Senkung der Binnenzölle innerhalb der EFTA um 20 vH für gewerbliche Erzeugnisse
83		Inkrafttreten des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht vom 23. Juni 1960. Sieht u.a. vor: Mieterhöhungen für Altbauwohnungen und nach dem Ersten Bundes-Wohnungsbaugesetz finanzierte Neubauwohnungen (unter Berücksichtigung der üblichen Kündigungsfrist möglich ab 1. August 1960); Gewährung von Mietbeihilfen
84		Liberalisierung der Einfuhr einer Reihe weiterer landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse gemäß Ankündigung der Bundesrepublik Deutschland auf der XVI. GATT-Tagung (16. Mai bis 4. Juni 1960) in Ausführung des Beschlusses der Vertragsparteien des GATT vom 30. Mai 1959. (Inkrafttreten des Runderlasses Außenwirtschaft Nr. 39/60 vom 27. Juni 1960)
85		Habenzinsen-Höchstsätze erhöht für Sichteinlagen um $\frac{1}{2}$ % auf 1 % und $1\frac{1}{2}$ %, für Termineinlagen um $\frac{3}{4}$ % auf 3 % bis $4\frac{3}{4}$ %, für Spareinlagen um $\frac{1}{2}$ % auf 4 % (gesetzliche Kündigungsfrist), um $\frac{3}{4}$ % auf $4\frac{1}{2}$ % und $5\frac{1}{4}$ % (vereinbarte Kündigungsfristen)
86		Zusammenschluß des italienischen Treuhandschaftsgebietes Somalia mit dem am 26. Juni 1960 unabhängig gewordenen britischen Protektoratsgebiet Somaliland zur unabhängigen Republik Somaliland
87		Ghana wird Republik; bleibt Mitglied des Commonwealth
88	5. Juli	Beginn der Unruhen in der Republik Kongo
89	8. Juli	Vereinbarung der Sozialpartner, in der Metallindustrie die 40-Stundenwoche unter stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Juli 1965 einzuführen
90	11. Juli	Abfall der Kongo-Provinz Katanga, die sich für selbständig erklärt
91	12. Juli	Anleihe der Deutschen Bundesbank an Weltbank im Gegenwert von rd. 240 Mill. Dollar; $4\frac{1}{2}$ % Zinsen, 12 Jahre Laufzeit; größte Kreditaufnahme der Weltbank seit 1947
92	14. Juli	Neues Ortsklassenverzeichnis. Aufrücken von rd. 600 Gemeinden in höhere Ortsklasse ab 1. Januar 1960
93	15. Juli	Erste UNO-Truppen in die Republik Kongo entsandt
94	20. Juli	Einigung im Ministerrat der EWG über die Zollsätze der noch offenen 106 Positionen des Gemeinsamen Außentarifs

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Juli
95	21. Juli	Verkündung der Verordnung zur Änderung von Vorschriften des Straßenverkehrsrechts vom 7. Juli 1960. Inkrafttreten teils am 1. Juli 1960 (u.a. Lastkraftwagen-Abmessungen, Achslast, Bremsen), teils am 1. August 1960
96	25. Juli	Beginn des Sommerschlußverkaufs (Ende 6. August)
97	28. Juli	Inkrafttreten des Gesetzes über die Überführung der Anteilechte an der Volkswagenwerk GmbH in private Hand vom 21. Juli 1960. Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (vollzogen am 22. August 1960; Grundkapital am 29. Juni 1960 auf 600 Mill. DM festgesetzt); auf den Inhaber lautende Aktien zum Nennbetrag von 100 DM; Stimmrechtsbeschränkung für die Dauer von 10 Jahren, ausgenommen Bundesrepublik Deutschland und Land Niedersachsen; Bundesregierung verpflichtet, 60 vH des Grundkapitals zu veräußern und zunächst für die Dauer von zwei Monaten den Arbeitnehmern der Gesellschaft sowie Inländern mit Anspruch auf einen von steuerpflichtigem Einkommen und Kinderzahl abhängigen Sozialrabatt zum Kauf anzubieten. (Ausgabekurs der Aktien am 2. November 1960 auf 350 % festgesetzt)
98	29. Juli	Verkündung des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 1960 vom 21. Juli 1960. U.a. 75 Mill. DM für Entwicklungshilfe im außerordentlichen Plan
		August
99	1. August	Zuckerverkaufspreise im Groß- und Einzelhandel wegen Wegfalls der Umsatzsteuer in der Großhandelsstufe (1. Januar 1960) um 1 Pf je kg gesenkt. (Inkrafttreten der Verordnung Z Nr. 1/60 zur Änderung der Verordnung Z Nr. 3/58 über Preise für Zucker. Vom 18. Juli 1960)
100	2. August	Verkündung des Getreidepreisesetzes 1960/61 vom 28. Juli 1960, in Kraft ab 1. Juli 1960. U.a. unveränderte Erzeugerpreise für Roggen im Juli 1960 gegenüber Juli 1959
101	5. August	Zwecks Abschöpfung der Liquidität Übernahme nicht handelbarer unverzinslicher Schatzanweisungen des Bundes bis zur Höhe von 1 Mrd. DM für die Dauer von zwei Jahren durch Bundesanleihekonsortium zugesagt. Übernahme der ersten Tranche von 500 Mill. DM (Diskontsatz 5 ½ %) durch die Konsortialbanken in der Zeit vom 20. August bis 20. September 1960; am 12. Oktober 1960 Zustimmung erteilt, die zweite Tranche von 500 Mill. DM in der Zeit vom 12. Oktober bis 12. November 1960 zu übernehmen
102	6. August	Inkrafttreten des Steueränderungsgesetzes 1960 vom 30. Juli 1960. Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung: Herabsetzung des Satzes der degressiven Abschreibung (statt 2 ½ facher 2facher Satz der linearen Abschreibung, jährliche Höchstgrenze statt 25 vH 20 vH), erstmals für nach dem 8. März 1960 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter; Einschränkung des Umfangs von Pensionsrückstellungen durch Erhöhung des Rechnungszinsfußes für die Berechnung der Rückstellungen von 3,5 % auf mindestens 5,5 %, erstmals anzuwenden auf Wirtschaftsjahre, die nach dem 15. Dezember 1960 enden; Einschränkung der erhöhten Absetzungen für Wohngebäude, bei denen Baugenehmigung nach dem 8. März 1960 beantragt wurde: im Jahr der Fertigstellung und im folgenden Jahr 7,5 vH (bisher 10 vH), in den dann folgenden 8 Jahren 4 vH (bisher 3 vH, 10 Jahre); Erhöhung der Festlegungsfrist für Bausparbeiträge auf 6 Jahre (bisher 5) für nach dem 8. März 1960 abgeschlossene Bausparverträge; weitere Maßnahmen u.a.: Einschränkung des Spesenabzugs; Erhöhung der Frist für Spekulationsgeschäfte in Wertpapieren von 3 Monaten auf 6 Monate für nach dem 5. August 1960 erworbene Wertpapiere; Erhöhung des Freibetrages bei der Lohnsummensteuer von 3 600 DM auf 9 000 DM für Gewerbebetriebe mit einer Lohnsumme bis zu 24 000 DM (bisher 12 000 DM), gültig für nach dem 31. Dezember 1960 gezahlte Lohnsummen
103	9. August	Beginn der Unruhen in Laos
104	16. August	Abkommen zur Neuregelung des Interzonenhandels für 1961 unterzeichnet. Wichtigste Änderungen: Keine zeitliche Begrenzung der Vereinbarungen mehr (bisher auf höchstens zwei Jahre beschränkt); Ausgleich der Warenschulden künftig auch durch Barzahlung in DM-West, bisher nur durch Warenlieferungen; Verminderung von Zahl und Umfang der wertbegrenzten Positionen
105		Proklamation der Unabhängigkeit der Republik Zypern
106	20. August	Republik Senegal aus der Föderation von Mali ausgetreten; Unabhängigkeit am 11. September 1960 von französischer Regierung anerkannt

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		August
107	August	<p>Ihre Unabhängigkeit proklamierten</p> <p>a) die vier Staaten der Afrikanischen Entente</p> <p>1. August Republik Dahome, 3. " Republik Niger, 5. " Republik Ober-Volta, 7. " Republik Elfenbeinküste;</p> <p>b) die drei Staaten der Union der Zentralafrikanischen Republiken</p> <p>11. August Republik Tschad, 13. " Zentralafrikanische Republik, 15. " Republik Kongo;</p> <p>c) 17. August Republik Gabun.</p> <p>Bleiben Mitglieder der Communauté sowie der Franc-Zone, die vier Staaten der Afrikanischen Entente allerdings mit dem Vorbehalt, das künftige Verhältnis zu Frankreich in späteren Verhandlungen zu regeln. Zu a): Mitglieder der Westafrikanischen Zollunion, zu b) und c): zur Äquatorialafrikanischen Zollunion zusammengeschlossen</p>
		September
108	1. September	<p>Lohnerhöhungen in der (im)</p> <p>Textilindustrie des Bundesgebietes ohne Saarland und Berlin um 16 bis 22 Pf je Stunde;</p> <p>Bekleidungsindustrie des Bundesgebietes ohne Saarland und Berlin um 24 Pf je Stunde;</p> <p>chemischen Industrie in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen, Bayern und Berlin (West) um rd. 10 vH bis 14 vH, (am 1. Oktober in Westfalen-Lippe, Nordwürttemberg und Nordbaden um rd. 11 vH bis 15 vH, am 1. November in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern um rd. 10 vH bis 13 vH);</p> <p>graphischen Gewerbe des Bundesgebietes ohne Saarland, einschl. Berlin (West), um 8,5 vH</p>
109		Beginn der 5. Zollkonferenz des GATT in Genf; wichtigster Gegenstand im ersten Teil der Konferenz (bis Ende 1960) Einbau des Gemeinsamen Außenzolltarifs der EWG in das Zollsystem des GATT durch Kompensationsverhandlungen
110	6. September	Vom Engeren Ausschuß des Bundesanleihekonsortiums der Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundesbahn in Höhe von 310 Mill. DM zugestimmt. Zinssatz 6 1/2 %, Ausgabekurs 97 %, Laufzeit 12 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 20. September bis 5. Oktober 1960. Am 20. September bereits überzeichnet
111	6./7. September	Vom Ministerrat der EWG beschlossen, für eine Reihe von Agrarprodukten während der Übergangszeit Schutzmaßnahmen nach Art. 226 des EWG-Vertrages anzuwenden
112	10. September	Tarifiermäßigungen für Transporte von Kohle und Erz in geschlossenen Zügen ab 10. September 1960, und zwar für Kohle zwischen 11 vH und 23 vH, für Erz zwischen 8 vH und 14 vH
113	15. September	Verkündung des Gesetzes über eine Rentenversicherung der Handwerker vom 8. September 1960. Inkrafttreten: 1. Januar 1962. Überführung der jetzt der Angestelltenversicherung zugeordneten Handwerker in die Rentenversicherung der Arbeiter
114	19. September	Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des „Indus-Wasser-Vertrages 1960“ durch Indien und Pakistan Verträge über einen Entwicklungsfonds für das Indusbecken von Indien und Pakistan mit der Weltbank, Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland, USA und Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Gesamtwert des Fonds rd. 900 Mill. US-Dollar; verlorener Zuschuß der Bundesrepublik Deutschland 126 Mill. DM, verteilt über 10 Jahre
115	22. September	Proklamation der Sudanesischen Republik zur Republik Mali
116	26. September	<p>Bekanntgabe des Inkrafttretens des Abkommens über die 1959 beschlossene Gründung der International Development Association (IDA) nach Beitritt von 15 Ländern mit Gesamteinlage von 686 Mill. US-Dollar.</p> <p>Zweck der IDA: Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den in die Mitgliedschaft einbezogenen Entwicklungsgebieten, vornehmlich durch Gewährung von Darlehen unter elastischeren und die Zahlungsbilanz dieser Länder weniger belastenden Bedingungen als bei herkömmlichen Darlehen.</p> <p>Kapital: 1 Mrd. US-Dollar, verwaltet von der Weltbank.</p> <p>Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland 222,5 Mill. DM, zahlbar in 5 Jahresraten. (Gesetz zu dem Abkommen vom 26. Januar 1960 über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA). Vom 18. August 1960)</p>
117	30. September	Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 von Bundesregierung zum 31. Dezember 1960 vorsorglich gekündigt als Gegenmaßnahme gegen sowjetzonale Beschränkung des Reiseverkehrs ab Anfang September 1960; Bundesregierung zu Besprechungen über neues Abkommen bereit

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		September
118	September	Die Mitte Juli im Kongo eingeleitete Aktion der Vereinten Nationen (militärische und wirtschaftliche Hilfe) durch Fortdauer der politischen Machtkämpfe und Stammesfehden erschwert. Mitte September „Rat der Generalkommissare“ als provisorische Regierung eingesetzt, Ende September vom Staatspräsidenten im Amt bestätigt
		Oktober
119	1. Oktober	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Wochenstunden für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte in der papiererzeugenden Industrie des Bundesgebietes einschl. Berlin (West); auf 48 Wochenstunden für Angestellte (Krankenpflegepersonal) in Krankenanstalten, Heilstätten und Sanatorien des Bundes, der Länder, der Gemeinden sowie der Landesversicherungsanstalten
120		Löhne und Gehälter im Ruhrbergbau um 4,5 vH erhöht
121		Inkrafttreten der wichtigsten Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 9. August 1960. Vorschriften u.a. über zulässige Höchstarbeitszeit für Jugendliche: unter 16 Jahren 40 Wochenstunden, unter 18 Jahren 44 Wochenstunden; Urlaub: mindestens 24 Werktage, für im Bergbau unter Tage beschäftigte Jugendliche 28 Werktage; Ruhepausen, Nacht- und Sonntagsruhe, Beschäftigungsverbote, Verbot von Kinderarbeit; Sonderbestimmungen für Heimarbeit, Familienhaushalt, Landwirtschaft, Binnenschifffahrt
122		Föderation von Nigeria, bisher britische Kolonie, nunmehr unabhängig als konstitutionelle Monarchie im Rahmen des Commonwealth
123	2. Oktober	Abschluß deutsch-afghanischer Wirtschaftsverhandlungen über eine Entwicklungshilfe
124	5. Oktober	Auf Grund des Beschlusses der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister Überschreitung der Höchstmaße für Lastkraftwagen im internationalen Verkehr der Mitgliedsländer bis Ende 1965 zugelassen
125		Volkssentscheid der europäischen Bevölkerung in der Südafrikanischen Union; für die Staatsform der Republik 52 vH der gültigen Stimmen
126	13. Oktober	Nach neuen Richtlinien der Regierung der USA Waren für Versorgung und Ausrüstung ihrer Streitkräfte im Ausland sowie Waren des Beschaffungsprogramms für die Verbündeten möglichst nur aus eigenen Quellen zu beziehen
127	19. Oktober	Vom Ministerrat der EWG beschlossen, a) die Assoziierung mit denjenigen der unabhängig gewordenen Überseeländer aufrecht zu erhalten, von denen dies gewünscht wird (Togo, Kamerun, Elfenbeinküste, Ober-Volta, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Kongo (ehem. französisch), Gabun, Madagaskar); künftig berechtigt, sich in der EWG direkt vertreten zu lassen; b) eine Arbeitsgruppe „Technische Hilfe für Entwicklungsländer“ zu bilden
128	28. Oktober	Erstes deutsches Atomkraftwerk in Kahl am Main betriebsfertig
129	Ende Oktober	Hauptentschädigungsansprüche bis 50 000 DM für mindestens 70 Jahre alte Berechtigte vom Bundesausgleichsamt freigegeben
		November
130	1. November	Tarifierhöhung bei der Deutschen Bundesbahn für Zeitkarten im Berufsverkehr um durchschnittlich 25 vH, für Sechserkarten nur bei Entfernung bis 10 km um etwa 20 vH, für Expresgut um durchschnittlich 26 vH, für Stück- und Sammelgut um durchschnittlich 11 vH. Ausnahmetarife für verschiedene Güter, insbesondere Agrarprodukte, aufgehoben oder geändert. Anhebung der Tarife für Stück- und Sammelgut im Reichs-Kraftwagentarif um 6 vH
131	3. November	Von Verbänden der Industrie, des Handels, der Banken und Versicherungen beschlossen, eine Bundesanleihe zugunsten der Entwicklungsländer in Höhe von 1,5 Mrd. DM zu zeichnen. Vorgesehen: 5 % Zinsen, 15 Jahre Laufzeit
132	8. November	Präsidentchaftswahlen in den USA
133		Aufnahme der Tätigkeit der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)
134	9. November	ERP-Wirtschaftsplan 1961 vom Bundeskabinett verabschiedet; für Entwicklungshilfe 687 Mill. DM bereitgestellt
135	10. November	Weser von Minden bis Bremen (120 km) nach Freigabe der letzten von vier Staustufen voll schiffbar

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
November		
136	11. November	Deutsche Bundesbank senkt ausschließlich im Hinblick auf die äußere Währungslage Diskontsatz sowie Zinssatz für Kassenkredite von 5 % auf 4 %, Lombardsatz von 6 % auf 5 %
137	15. November	Vom Engeren Ausschuß des Bundesanleihenkonsortiums der Begebung einer Anleihe der Deutschen Bundespost in Höhe von 150 Mill. DM zugestimmt. Zinssatz 6 %, Ausgabekurs 98 %, Laufzeit 12 Jahre. Zur Zeichnung aufzulegen vom 24. November bis 1. Dezember 1960. Am 24. November bereits überzeichnet
138		Drittes Kreditabkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Indiens über 125,1 Mill. DM unterzeichnet, langfristiger, reiner Finanzkredit ohne Bindungen hinsichtlich der Verwendung. Von der Bundesrepublik Deutschland nunmehr ihre 1958 in einer multilateralen Vereinbarung eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung des zweiten indischen Fünfjahresplanes erfüllt; seit 1958 insgesamt mehr als 418 Mill. DM langfristige Kredite gewährt
139	16. November	Von der Regierung der USA Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsbilanz angeordnet: Verringerung der Zahl der Angehörigen von Militärpersonen im Ausland; Verbot des Einkaufs ausländischer Waren für das Militärpersonal; Vorrang amerikanischer Waren bei Verwendung der Mittel für die Auslandshilfe; Exportsteigerungsmaßnahmen
140	25. November	Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß. Vom 14. November 1960. U.a.: Ab Weihnachten 1960 Verkaufsstellen am Silbrenen und Goldenen Sonntag nicht mehr geöffnet, statt dessen an den vier aufeinanderfolgenden Sonnabenden vor dem 24. Dezember; für Kur-, Erholungs- und Wallfahrtsorte Offenhalten von Verkaufsstellen auf 22 Sonntage im Jahr (bisher 16) ausgedehnt
141	28. November	Islamitische Republik Mauretanien unabhängig
Dezember		
142	1. Dezember	Der Beschluß des Zentralbankrates vom 2. Juni 1960 aufgehoben, für den Zuwachs an mindestreserverpflichtigen Inlandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber dem Durchschnittsstand der Monate März bis Mai 1960 die gesetzlich zulässigen Höchstsätze für Mindestreserven ab 1. Juli 1960 anzuwenden
143	4. Dezember	Landtagswahl im Saarland
144	5. Dezember	Anordnung der USA-Regierung, Beschaffungskäufe für Entwicklungsländer aus Mitteln amerikanischer Hilfsprogramme im Ausland einzuschränken, in 19 Ländern, darunter in der Bundesrepublik Deutschland, ganz einzustellen
145	14. Dezember	Unterzeichnung der Konvention über die Errichtung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris durch die Regierungsvertreter der 20 Mitgliedstaaten. Inkrafttreten spätestens 2 Jahre nach der Unterzeichnung, früherer Termin je nach Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten möglich. Der noch unveröffentlichte Bericht des Vorbereitenden Ausschusses, eingesetzt auf der Ministertagung am 22./23. Juli 1960 zur Überprüfung der Akte der OEEC sowie zur Empfehlung von Änderungen, integrierender Bestandteil der OECD-Konvention
146	15. Dezember	Habenzinsen-Höchstsätze um ½ % gesenkt für Sichteinlagen auf ½ % und 1 %, für Termineinlagen auf 2 ½ % bis 4 ¼ %. Zinssätze für Spareinlagen zunächst noch unverändert
147	19. Dezember	Vom Ministerrat der EWG gebilligt, den Beschleunigungsbeschluß auch auf den Warenverkehr mit den assoziierten Ländern und Gebieten anzuwenden
148	20. Dezember	Entschließung des Ministerrates der EWG über Grundsätze für ein Abschöpfungssystem bei einer Reihe noch festzulegender Agrarprodukte im Handel zwischen den Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern; Übergangsmaßnahme zum Ausgleich von Unterschieden der Preise des Ein- und Ausfuhrlandes
149		Beginn einer durch den Regierungsgesetzentwurf zur finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung des Landes ausgelösten Streikbewegung in Belgien; hauptsächlich betroffen Verkehr, Bergbau, Industrie. Ende des Streiks 23. Januar 1961
150	21. Dezember	Vom Ministerrat der EWG Einbeziehung der Landwirtschaft in die allgemeine Beschleunigung des Gemeinsamen Marktes zum 1. Januar 1961 nunmehr entsprechend dem vorläufigen Beschluß vom 12. Mai 1960 endgültig beschlossen; zuvor langwierige Verhandlungen über den Zollabbau bei den kontingentierten Agrarprodukten
151	30. Dezember	Bundesregierung ermächtigt, bei der Einfuhr von Marktordnungswaren aus den EWG-Ländern zusätzlich Angleichungsszollsätze durch Rechtsverordnung festzusetzen. (Inkrafttreten des Sechsten Zolländerungsgesetzes vom 23. Dezember 1960)

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis
		Dezember
152	30. Dezember	Bekanntmachung des Bundesministers für Wirtschaft vom 30. Dezember 1960 über den Interzonenhandel. Ab 1. Januar 1961 das Berliner Abkommen vom 20. September 1951 mit allen Zusatzvereinbarungen und Anlagen sowie die Vereinbarungen zum Berliner Abkommen vom 16. August 1960 weiterhin in Kraft
153	31. Dezember	Weihnachtszuwendungen an Arbeitnehmer bis 100 DM steuerfrei, jedoch bei einer Veranlagung zur Einkommensteuer sowie beim Lohnsteuer-Jahresausgleich zu berücksichtigen. (Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Vom 27. Dezember 1960)
154		Handelsabkommen zwischen Bundesrepublik Deutschland und UdSSR unterzeichnet. Erneuerung des langfristigen Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr für die Jahre 1961 bis 1963; Protokoll über den Warenverkehr im Jahre 1961; Protokoll über die Verlängerung des Abkommens über allgemeine Fragen des Handels und der Seeschifffahrt
155	Ende Dezember	EWG-Kommission genehmigt ab 1. Januar 1961 für einzelne Waren der Liste G der Bundesrepublik Deutschland zollbegünstigte Einfuhrkontingente, Frankreich und Italien Anpassung an nicht um 20 vH gesenkte Sätze des Gemeinsamen Außenzolltarifs